

**PLÄNE  
FÜR EIN  
NEUES  
ÖSTER-  
REICH**

**news**

# INHALT

## **ANSTÄNDIGES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch eine Radikalkur des politischen Systems

6

## **CLEVERES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch die beste Bildung für alle

12

## **GERECHTES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch Generationengerechtigkeit im Gesundheits- und Pensionsbereich

22

## **SOZIALES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen für alle, weg mit der Freunderlwirtschaft, weg mit antiquierten Gesellschaftsbildern

34

## **KLIMAFREUNDLICHES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch eine Ökologisierung des Steuersystems und nachhaltige Innovationen in unser aller Zukunft

44

## **UNTERNEHMERISCHES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch Eigenverantwortung, mehr Chancen zum Gestalten

54

## **MODERNES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch Digitalisierung, raus aus der Angst vor Fortschritt und Technik

68

## **GEMEINSAMES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen für ein gutes Zusammenleben durch Respekt und klare Regeln

78

## **SICHERES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch einen Rechtsstaat, der funktioniert und auf den man vertrauen kann. Egal, wer man ist und wen man kennt.

92

## **MUTIGES ÖSTERREICH:**

Mehr Chancen durch grenzenlosen Zusammenhalt, mutig in die Vereinigten Staaten von Europa

104

# **ANSTÄNDIGES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch eine  
Radikalkur  
des politischen  
Systems*

**ANSTÄNDIGES  
ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
EINE RADIKALKUR DES  
POLITISCHEN SYSTEMS**

**Herausforderungen**

Politik, die im Dienst der Bürger\_innen steht, muss alles daran setzen, Korruption im staatlichen und staatsnahen Bereich zurückzudrängen. Unter Korruption verstehen wir jeden Vorgang, bei dem eine Position für den eigenen Vorteil oder den Vorteil Dritter missbraucht wird. Sie lässt sich durch maximale Transparenz im Keim ersticken. Wir NEOS verstehen Politiker\_innen als Dienstleister\_innen für die Anliegen der Bürger\_innen. Wir sind die einzige Partei, für die völlige Transparenz im Umgang mit öffentlichen Mitteln seit Beginn eine Selbstverständlichkeit ist.

Die österreichische Realität sieht jedoch anders aus: Ein allumfassender Parteienstaat hat überall Sümpfe struktureller Korruption entstehen lassen. Es zählt meistens nicht, was man kann, sondern wen man kennt. Der Aufholbedarf beim Thema Transparenz ist offensichtlich: Österreich hat als letztes Land der Europäischen

Union ein in der Verfassung verankertes Amtsgeheimnis. Im „Global Right to Information Ranking“ belegt Österreich unter 123 Nationen den vorletzten Platz. Das unterstreicht noch einmal die Wichtigkeit, Österreich im Sinne der Bürger\_innen transparenter zu machen.

Wir müssen die Sümpfe aus Abhängigkeitsverhältnissen und Freunderlwirtschaft trocken legen. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg vom Amtsgeheimnis hin zu einem Informationsfreiheitsgesetz. Dieses sorgt dafür, dass wir freien Zugang zu allen Informationen staatlicher Stellen bekommen. Wir NEOS verstehen die Bürger\_innen nicht als Bittsteller\_innen, sondern als Auftraggeber\_innen der Politik.

**Lösungen**

**Volle Transparenz bei den Parteifinanzen**

Wir sagen dem politischen Filz den Kampf an. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen (Stichwort: Ibiza-Video), braucht es viel stärkere Kontrollen bei den Parteifinanzen. Dazu gehören scharfe Sanktionen bei der Überschreitung der Wahlkampf-

kostenobergrenze, umfassende Einsichtsrechte des Rechnungshofes in die Parteifinanzen, einen Straftatbestand illegale Parteienfinanzierung und die Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben aller nahestehenden Vereine und Vorfeldorganisationen in den Rechenschaftsberichten der Parteien. Zudem soll die Parteienförderung um die Hälfte gekürzt werden. Überflüssige, teure Versorgungsposten, wie nicht amtsführende Stadträt\_innen und Vizebürgermeister\_innen, gehören abgeschafft.

Eine Politik der Verantwortung bedeutet für uns, dass Politiker\_innen für die Folgen ihres Handelns einstehen. Die Vergangenheit beweist eindeutig, dass moralische Appelle nicht ausreichen, um eine neue Verantwortungskultur in der österreichischen Politik zu etablieren. Deshalb brauchen wir Regelungen, die die persönliche politische Haftung von Politiker\_innen rechtlich festschreiben, beispielsweise im Zuge einer Organhaftungsklage durch den Rechnungshof. Zusätzlich braucht es für Abgeordnete Verschärfungen bei den Regeln für Amtsverlust. Wer der Korruption, Bestechlichkeit oder des Amtsmissbrauchs überführt wird, soll umgehend sein Amt niederlegen.

**Verantwortung in der Politik**

**Abschaffung des Amtsgeheimnisses und umfassende Informationsfreiheit**

Völlige Transparenz und freier Zugang zu allen Informationen staatlicher Stellen ist das beste Mittel gegen Korruption und Steuergeldverschwendung. Echte Erneuerung ist nur möglich, wenn Österreich in Sachen Transparenz vom weltweiten Schlusslicht zum Musterschüler wird. Aus diesem Grund benötigt es eine Verpflichtung zur Veröffentlichung von allen Informationen allgemeinen Interesses und ein verfassungsgesetzlich gewährleistetetes Recht auf Zugang zu diesen Informationen.

**Volle Transparenz bei Auftragsvergaben des Staates**

Sobald Auftragsvergaben des Staates unter den Augen der Öffentlichkeit stattfinden, werden Korruption und Verschwendung bei staatlichen Aufträgen der Vergangenheit angehören. Vorrangiges Ziel muss es sein, Beschaffungen im Sinne der Steuerzahler\_innen zu möglichst wirtschaftlichen Konditionen für die

öffentliche Hand abzuwickeln. Wir fordern daher die Veröffentlichung der Auftragsvergaben aller öffentlichen Stellen in einem online einsehbaren Register. Öffentliche Aufträge sollen erst ab dem Zeitpunkt Gültigkeit erhalten, ab dem sie in der Vergabedatenbank veröffentlicht wurden.

### **Transparentes und zweckorientiertes Förderwesen**

Durch eine Transparenzdatenbank inkl. Sanktionsmöglichkeit soll Freunderlwirtschaft unterbunden und Doppelgleisigkeit schneller erkannt werden. Zusätzlich würde eine allgemeine Angleichung des Förderniveaus an den EU-Durchschnitt jährlich vier Mrd Euro einsparen. Außerdem muss auch hier unnötige Bürokratie abgebaut werden. In Deutschland gibt es für die E-Mobilität drei Förderstellen, in Österreich sind es 23.

### **Volle Transparenz bei Inseraten und Medienkooperationen**

Die überbordende Regierungswerbung ist nicht nur eine schamlose Verschwendung von Steuergeld. Sie ist auch ein medien- und demokratiepolitisches Problem, da so starke

Abhängigkeiten der unabhängigen Presse von der Politik erzeugt werden. In einer freien und demokratischen Gesellschaft muss die Presseförderung über unabhängige Stellen sichergestellt werden. Informationen der Regierung müssen auf unbedingt notwendige Mitteilungen an die Bevölkerung unter Wahrung größtmöglicher Effizienz beschränkt werden.

### **Reform und Verschlinkung der Strukturen**

Unsere Zukunft verlangt mutige Politiker\_innen, die Verantwortung übernehmen und Österreichs ineffiziente und leistungshemmende Strukturen an die neuen Umstände anpassen. Der Bundesrat soll zugunsten eines starken Einkammerparlaments abgeschafft werden. Es braucht eine klare Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ohne Doppelgleisigkeiten. Die Amtsperioden für Politiker\_innen werden begrenzt. Gemeinden, Sozialversicherungsträger und andere öffentliche Körperschaften werden zusammengelegt. Der Finanzausgleich soll aufgaben- und leistungsorientiert funktionieren und nicht nach veralteten Schlüsseln arbeiten. Länder und Gemeinden müssen durch Steuerauto-

nomie selbst Verantwortung für ihre Einnahmen tragen.

### **Direkte Demokratie stärken**

Wir setzen uns für einen schrittweisen Ausbau der direkten Demokratie ein. Damit kann sich die Bevölkerung mit ihren neuen demokratischen Mitteln sowie der damit verbundenen Verantwortung vertraut machen. Schritte sollen zuerst auf Gemeinde- und Landesebene gesetzt werden. Schließlich soll auf Bundesebene eine verpflichtende Volksabstimmung stattfinden, wenn ein Volksbegehren von 10% der wahlberechtigten Bürger\_innen unterschrieben wurde. Sollte sich dieses Modell bewähren, ist eine schrittweise Senkung der Prozent-Hürde für eine verpflichtende Volksabstimmung vorstellbar.

**CLEVERES  
ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch die beste  
Bildung für alle*

**CLEVERES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH DIE  
BESTE BILDUNG FÜR ALLE**

**Herausforderungen**

Bildungspolitik wird in Österreich immer noch als Partei- und Machtpolitik begriffen. Der Fokus gilt einzig dem Erhalt und Ausbau der eigenen Pfründe und Privilegien. Das bringt den Bildungsstandort Österreich zunehmend in Bedrängnis. Strukturelle Versäumnisse und das Fehlen klarer Entwicklungsstrategien für die Zukunft ergeben eine gefährliche Mischung.

Momentan werden Lehrer\_innen in der Ausübung ihres Berufes umfassend reglementiert und mitunter parteipolitisch beeinflusst. Wir wollen mehr Wertschätzung für die Rolle der Lehrperson. Seit Jahrzehnten scheitert die dringend notwendige Weiterentwicklung der Schulen an den ewig gleichen ideologischen Machtkämpfen.

Für die Jüngsten gibt es noch immer viel zu wenige Kinderbetreuungsplätze. Insbesondere für Ein- bis Dreijährige fehlen flächendeckende Angebote in altersgerechter Qualität. Der Spielraum der Schulen, selbstver-

antwortlich neue Wege einzuschlagen, bleibt unter der obrigkeitsorientierten staatlichen Schulverwaltung minimal.

Die Schule soll unsere Kinder auf die Herausforderungen einer sich permanent verändernden Welt vorbereiten. Sie sollen sich darin zurechtfinden und handlungsfähig sein. Der Fächerkanon ist allerdings nicht an die neuen Herausforderungen angepasst. Der Lehrplan ist hoffnungslos überladen und veraltet. Zukunftsweisende Felder wie die Digitalisierung oder innovatives Denken sind nicht ausreichend abgebildet. Auch dem Thema Umwelt wird im Lehrplan nicht der erforderliche Platz eingeräumt. Der Klimawandel ist eine immense Herausforderung. Generationengerechte Umweltpolitik funktioniert nur mit nachhaltigen Maßnahmen. Der Klimawandel betrifft vor allem junge Menschen ganz massiv, denn immerhin müssen sie in Zukunft in einer Welt leben, die wir Erwachsene ihnen hinterlassen. Daher gilt es, dem eigenständigen Engagement vieler junger Menschen im Kampf gegen den Klimawandel bildungspolitisch entgegenzukommen und dieses The-

ma entsprechend im Bildungssystem zu verankern.

Auch Österreichs Universitäten stehen vor großen Herausforderungen. Sie müssen eine ständig steigende Anzahl an Studierenden aufnehmen, obwohl die finanziellen Mittel nicht im selben Ausmaß ansteigen. Das zieht natürlich Probleme in der Organisation, Lehre und Forschung nach sich. Die Studienbedingungen und die Betreuung der Studierenden werden immer mangelhafter. Wir können uns nicht mehr mit Notmaßnahmen, wie immer mehr Zugangsbeschränkungen, zufriedengeben. Es braucht eine ganzheitliche Lösung, die alle Bereiche umfasst, damit wir im Wettbewerb um die besten Köpfe mitspielen können. Der Forschungsstandort Österreich muss abgesichert und wir müssen wieder zum Innovation Leader werden.

**Lösungen**

**Lehrer\_in zum wichtigsten Job  
der Republik machen**

Lehrer\_innen sind „Bildungsexpert\_innen der Praxis“, die eigenverantwortlich Entscheidungen treffen sollen und müssen. Im Zentrum einer

gelingenden Schule stehen die Kinder und Jugendlichen, ein differenziertes Berufsverständnis der Pädagog\_innen und mehr Freiheit und Verantwortung. Das Lehramtsstudium soll dafür mit einem vielschichtigen Aufnahmeverfahren ausgestattet werden. Dieses zielt verstärkt auf soziale Kompetenzen ab. Um die bestmöglichen Expert\_innen aus der Praxis zu gewinnen, bedarf es eines flexiblen Gehaltssystems, das sich an den branchenüblichen Gehaltsniveaus orientieren kann. In Zusammenarbeit mit dem AMS sollen Wege eröffnet werden, die ermöglichen, dass man aus dem Lehrer\_innenberuf besser als bisher in andere Berufe umsteigen kann. Berufliche Veränderung darf nicht als Scheitern verstanden werden und der Eintritt in den Lehrer\_innenberuf nicht als Einbahnstraße. Das Lehrer\_innendienstrecht ist zudem weder zeitgemäß noch funktional. NEOS stehen für die Einführung eines bundesweiten Rahmenkollektivvertrages für alle Mitarbeiter\_innen (nicht nur Lehrer\_innen) an den Schulen.

### **Volle Aufmerksamkeit für die Kleinsten in der Elementarpädagogik und Volksschule**

In keiner Altersstufe kann gute, aufmerksame Betreuung durch Pädagog\_innen mehr bewirken als im Kleinkindalter. In diesem Alter wird die Basis für spätere schulische und berufliche Erfolge gelegt. Durch hohe Qualität im Kindergarten können wir sicherstellen, dass alle Kinder die Grundlagen für ein gelingendes Leben voller Chancen bekommen. Wie gut Kindergarten und andere elementarpädagogische Einrichtungen diese Verantwortung erfüllen, hängt wesentlich von der Ausbildung der Pädagog\_innen und der Gruppengröße ab. Leider ist Österreich in beiden Aspekten im europäischen Vergleich ein Nachzügler. Im Kern benötigen wir einheitliche Qualitätsstandards für alle Kinderkrippen und Kindergärten, eine Reform der Aus- und Weiterbildung der Pädagog\_innen und einen neuen Zugang zum Thema Sprachförderung.

### **Volle Autonomie für eine mündige Schule**

Wer mündige Menschen will, braucht eine mündige Schule. Wir wollen den Schulleitungen sowie den Pädagog\_innen die Freiheit und Verantwortung zur eigenen Umsetzung und Gestaltung geben. Die Politik soll sich auf verlässliche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen konzentrieren. Wir verlangen die volle personelle, finanzielle und pädagogische Autonomie. Pädagogische Autonomie bedeutet, dass es entlang dem Motto „gemeinsames Ziel, vielfältige Wege“ einen einheitlichen Rahmen für alle Schulen gibt. Die Schulen haben die Möglichkeit, eigene pädagogische und didaktische Wege zu gehen und praxistaugliche Antworten für die jeweiligen Herausforderungen zu finden. Ziel ist die „Mittlere Reife“. Sie definiert, was Jugendliche mit 15 können sollen. Finanzielle Autonomie bringt die freie Schulwahl ohne Schulgeld. Privatschulen erhalten die gleiche Finanzierung wie öffentliche, solange sie sich zur Gemeinnützigkeit verpflichten und kein Schulgeld verlangen. Jeder Schulstandort bekommt sein eigenes Budget in Form einer Pro-Kopf-Finanzierung. Wir fördern die chancengerechte gesell-

schaftliche Durchmischung an Schulen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln („Chancenbonus“) und stärken periphere Schulstandorte.

Personelle Autonomie legt die Auswahl und Führung des Personals in die Verantwortung der Schulleitung. Diese ist als Führungskraft neu zu denken und wird maßgeblich durch Mitsprache des Schulgemeinschaftsausschusses vor Ort auf Zeit bestellt. Die Anstellung der Pädagog\_innen erfolgt direkt an der Schule bzw. der Trägerorganisation.

### **Chancenbonus für die Schwächsten und Besten**

Als kurzfristige Maßnahme ist es notwendig, allen Schulstandorten finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Die kriterienbezogene Finanzierung dient der Erreichung definierter gesellschaftspolitischer Ziele, insbesondere der gelingenden sozialen Durchmischung der Schülerpopulation, nachhaltiger Integrationsarbeit und der Chancengerechtigkeit für Schulstandorte außerhalb von Ballungsgebieten. Die Höhe dieses zusätzlichen Budgets wird anhand des Bildungshintergrundes der Eltern der Schüler\_innen berechnet. Dieses Geld

steht den Schulen für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung. Wir trauen den Expert\_innen vor Ort zu, dass sie die besten Lösungen selbst finden.

### **Den Lehrplan fit für das 21. Jahrhundert machen**

Für die mündige Schule des 21. Jahrhunderts müssen wir die Lehrpläne entrümpeln und unsere Schulfächer neu denken. Es braucht fächerübergreifende Projekte, die unterschiedliche Phänomene des Lebens untersuchen und dabei die klassischen Schulfächer verknüpfen. Finnland geht hier bereits mit gutem Beispiel voran. NEOS wollen einen gesamtgesellschaftlichen Dialogprozess starten, um gemeinsam festlegen zu können, welche Kompetenzen Jugendliche mit 15 Jahren haben sollten. Zusätzlich müssen wir klären, welche zeitgemäßen Fächer wir brauchen: von Digitalisierung, über unternehmerisches Denken bis hin zur Kritikfähigkeit.



## **Digitale Kompetenz für unsere Kinder**

In unserer Gesellschaft zeigt sich die Digitalisierung auf allen Ebenen. Momentan kann das Bildungssystem mit den rapiden Entwicklungen nicht mithalten. Wir begreifen die Digitalisierung als Chance, ohne ihre Risiken zu übersehen. Themen wie „Fake News“ oder Cybermobbing müssen als mögliche Gefahren ernst genommen und thematisiert werden. Der kritische Umgang mit Software und Information ist ein wichtiges Rüstzeug für die Informationsgesellschaft. Es braucht sowohl die technischen als auch die inhaltlichen Fähigkeiten, Medien verantwortungsvoll zu nutzen. Die Anpassung der Ausstattung der Schulen ist für die Digitalisierung nur eine von vielen notwendigen Voraussetzungen. Die pädagogische Sinnhaftigkeit von innovativen Lernmethoden und das Vermitteln von redaktionellen Kompetenzen müssen immer im Vordergrund stehen. Es reicht nicht, Schulbücher einfach durch Tablets zu ersetzen. Es braucht ganzheitliche Konzepte für den Unterricht der Zukunft. Wir fordern zusätzlich einen Fokus auf Medienkompetenz in diversen Testungen, Bildungsstandards sowie der Zentralmatura. Unsere Schüler\_

innen müssen lernen, sich eine sachkundige eigene Meinung aus der Flut an jederzeit abrufbaren Informationen zu bilden. Künftig sollen in Prüfungen moderne Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kommen dürfen.

## **Umweltbildung in der Schule stärken**

Nachhaltiges und umweltfreundliches Handeln setzt Wissen voraus. Wissen und dahingehende Kompetenzen müssen dementsprechend selbstverständlich bereits in der Schule vermittelt werden. Hier braucht es einen noch stärkeren Fokus und mehr Anstrengungen. Wir schlagen daher ein Maßnahmenpaket vor, das aus umfassender Implementierung der Themen Klimagerechtigkeit, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowohl in der Lehrerausbildung, als auch in der Lehrerfortbildung besteht. Umweltschutz ist auch im schulischen Kontext eine dauerhafte Herausforderung. Es sollte daher eine\_n speziell ausgebildete\_n Umweltbeauftragte\_n an jeder Schule geben, die/der am Standort Projekte forciert und in der Betriebspraxis der Schule relevante Bereiche identifiziert und als Ansprechpartner\_in für Verbesserungen dient. Zudem soll eine

österreichweit koordinierte Projektwoche „Umwelt“ in allen Schulen implementiert werden. Ziel ist es, einen gemeinsamen Fokus auf das Thema Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu legen. In diesem Rahmen sollen auch Schulen voneinander lernen und in gemeinsame Projekte gehen können.

## **Lehre aufwerten**

Die Lehre als praxisnahe, kombinierte Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule ermöglicht vielen Jugendlichen einen erfolgreichen Eintritt ins Berufsleben. Nach wie vor ist ein Studium höher angesehen als ein Lehrberuf. NEOS sehen die Lehre als hochwertige Berufsausbildung für junge Menschen und als Kernelement für den Wirtschaftsstandort Österreich. Die Lehre soll – noch besser als bisher – „anschlussfähig“ sein. Es muss möglich sein, in einen anderen Beruf umzusteigen, ein Studium zu beginnen oder unmittelbar im erlernten Beruf tätig zu werden. Es soll ein umfassendes Modulsystem für alle Lehrberufe eingeführt werden. Dieses erleichtert den Umstieg in andere Berufe, da nur fehlende Module absolviert werden müssen und keine komplette Ausbildung.

In Zukunft soll es in jedem Lehrberuf die Möglichkeit geben, diesen auch mit Matura abzuschließen. Als Vorbild für dieses neue Modell dienen die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS), in denen es stets eine dreijährige Schule ohne Matura und eine fünfjährige Schule mit Matura gibt. Wer Lehrabschlussprüfung, Matura und Meisterprüfung erfolgreich absolviert hat, soll außerdem einen Bachelortitel verliehen bekommen, vorausgesetzt der Umfang der Ausbildung und der anrechenbaren Berufspraxis erlauben dies nach dem Bologna System. Anschließend ist der Weg zu einem Master geöffnet. Außerdem treten wir für die finanzielle Gleichstellung von beruflicher Höherbildung mit akademischer Bildung ein. Wie die Ausbildung von Ärzt\_innen und Jurist\_innen sollen auch die Meisterkurse aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

## **Qualitätsoffensive an den Hochschulen**

An den österreichischen Hochschulen fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld. NEOS arbeiten an Spitzenunis für alle! Eine kapazitätsorientierte Studienplatzfinanzierung soll den Universitäten Planungszi-

cherheit geben und Entwicklungsmöglichkeiten schaffen. Das wird den Hochschulstandort Österreich insgesamt noch leistungsfähiger und attraktiver machen. Als Beitrag der Studierenden sehen wir das Modell von nachgelagerten Studiengebühren: Vorfinanziert durch den Staat, werden sie ab einer gewissen Verdienstsomme über einen längeren Zeitraum zurückerstattet. Die Ausfinanzierung der Hochschulen ist zwar vorrangig die Aufgabe des Staates, mehr private Investition in Bildung und nachgelagerte Studiengebühren stellen aber eine faire finanzielle Ergänzung und ein großes Potential für mehr Qualität im Studium dar. Gleichzeitig ist das österreichische Studienbeihilfensystem chronisch unterfinanziert. Es darf aber niemand aus finanziellen Gründen vom Studium ferngehalten werden. Damit ein chancengerechter Zugang zu den Hochschulen möglich ist, ist ein zügiger Ausbau des Beihilfensystems notwendig.

### **Lebenslanges Flügelheben – ein Bildungskonto für alle**

Die Situation am Arbeitsmarkt ändert sich in immer kürzer werdenden Abständen. Eine Erstausbildung, die für das gesamte Erwerbsleben dient,

ist heutzutage in den seltensten Fällen ausreichend. Lebenslanges Weiterbilden dient nicht nur ökonomischen Zielen, sondern verbessert auch die persönliche Zufriedenheit, Gesundheit und soziale Integration. Der Staat legt leider ein reaktives Verhalten am Arbeitsmarkt an den Tag. Ein Großteil des für Aus- und Weiterbildungsgeld veranschlagten Budgets kommt erst zu tragen, wenn man arbeitslos ist. Das derzeitige System gibt geringqualifizierten Personen nur unzureichende Impulse zur Weiterbildung. Hinzu kommt ein Förderdschungel, den niemand mehr überblickt. Wir wollen einen proaktiven Erwachsenenbildungsansatz umsetzen. Dazu braucht es das Chancenkonto LELA 5000. Das funktioniert wie ein persönliches Bankkonto. Über einen Zeitraum von fünf Jahren kann man bis zu 5.000 Euro gefördert ansparen. Diese angesparten Beträge können dann bei Ö-Cert zertifizierten Bildungseinrichtungen eingelöst werden. Ö-Cert deshalb, um eine hohe Qualität der Weiterbildung sicher stellen zu können. Das Chancenkonto existiert jeweils für fünf Jahre. Wird in dieser Zeit keine Investition in Weiterbildung getätigt, so verfallen die staatlichen Co-Investitionen. So soll ein Anreiz gesetzt werden,

regelmäßige Weiterbildungsangebote in Anspruch zu nehmen.

### **Grundlagenforschung stärken**

Österreich hat Nachholbedarf in der Förderung der Grundlagenforschung. Die ausreichende Dotierung kompetitiv vergebener Forschungsmittel ist wesentlich, um den Hochschul- und Forschungsstandort Österreich zu sichern und für Forschende attraktiv zu halten. Dem Wissenschaftsfonds FWF kommt hier in der Förderung der Grundlagenforschung die zentrale Bedeutung zu. Um im Rennen um die besten Köpfe wettbewerbsfähig zu sein, ist eine Budgetierung des Wissenschaftsfonds mit mindestens 300 Mio Euro pro Jahr notwendig. Das neue Forschungsförderungsgesetz muss diese Notwendigkeit berücksichtigen.

### **Hochschulautonomie stärken**

Die österreichischen Hochschulen können nur dann beste Studienqualität anbieten, wenn sie weitgehend frei über ihre Schwerpunktsetzungen und ihre Profilbildung entscheiden können. Daher muss es das Ziel sein, den Hochschulen selbst die Autonomie über eine kapazitätsorientierte

Studienplatzfinanzierung und faire Zugangsbeschränkungen zu überlassen. Das ist notwendig, um die österreichischen Hochschulen zukunftsfit zu machen und die Qualität der Studienbedingungen zu erhöhen.

### **Drittmittelloffensive für Hochschulen**

Neben der ausreichenden öffentlichen Basisfinanzierung der Hochschulen gewinnt der Bereich Drittmittel zusehends an Bedeutung. Im internationalen Vergleich liegt Österreich hier weit zurück, was sich nachteilig auf die Attraktivität des Standorts auswirkt. Wir fordern einerseits offensive Schritte, wie etwa wirksame steuerliche Begünstigungen der Zuwendungen an Hochschulen, um diesen Rückstand aufzuholen. Andererseits ein Transparenzmodell wie an den Schweizer Hochschulen, das die Herkunft von Drittmitteln, die Offenlegung von Zusatzfunktionen von Lehrenden und Forschenden, sowie die Offenlegung externer Finanzierung von Instituten, Departments und Stiftungsprofessuren klar regelt.

## **GERECHTES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch Generationen-  
gerechtigkeit im  
Gesundheits- und  
Pensionsbereich*

**GERECHTES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
GENERATIONENGERECHTIG-  
KEIT IM GESUNDHEITS-  
UND PENSIONSBEREICH**

**Herausforderungen**

Die Entwicklungen im Pensions-system sind besorgniserregend: Die 1. Pensionssäule (gesetzliches Pen-sionssystem) wird nicht gänzlich wegbrechen. Die Beiträge decken die Pensionsausgaben jedoch bei Weitem nicht, der Bundes- Steuerzuschuss („Bundesbeitrag“) ins Pensionssys-tem nimmt immer weiter zu. Trotz wirtschaftlich guter Lage sind das momentan ca. 20 Mrd Euro, die zu-geschossen werden müssen. Die stei-gende Lebenserwartung wird nicht berücksichtigt und von einer nachhal-tigen Konzeption entsprechend der demographischen Entwicklung kann keine Rede sein.

Unser Pensionssystem hat durch die letzten Reformen ein paar Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir stehen allerdings noch vor einem wei-ten Marsch und uns läuft die Zeit da-von. Ziel muss es sein, ein beitragsge-decktes Pensionssystem zu schaffen. Ein System, das Anreize setzt - ent-

sprechend der gesteigerten Lebens-erwartung - länger zu arbeiten bzw. länger arbeiten zu können und Alters-armut verhindert.

Das österreichische Gesundheits-system steht nicht viel besser da. Das System ist zu wenig ausgelegt auf Prä-vention, intransparent, zersplittert und dadurch ineffektiv. Diese Unzu-länglichkeiten wirken sich negativ auf wesentliche Ergebnisindikatoren aus: Beispiele dafür sind eine geringe Zahl an gesunden Lebensjahren und sin-kende Zufriedenheit mit den Leistun-gen.

Die Spitalsbettendichte ist über-durchschnittlich hoch, der Anteil der Primärversorgung (niedergelassene Ärzt\_innen, Pfleger\_innen, Thera-peut\_innen), die für die rasche und wohnortnahe Versorgung zuständig sind, im europäischen Vergleich erschreckend niedrig.

Die Wahlmöglichkeiten in Berei-chen, wo es sinnvoll ist, ist massiv ein-geschränkt. So können im Pflichtkam-mern-geprägten Kassensystem die Versicherten weder ihre Krankenkasse frei wählen noch über ihre Versiche-tenvertreter\_innen, den Krankenkas-sen, direkt abstimmen. Das Gesund-

heitssystem ist zudem sehr stark auf die Ärzt\_innenschaft konzentriert, wodurch dieses zunehmend unter Leistungsdruck gerät. Die Potentiale anderer Gesundheitsberufe wie Apo-theker\_innen und Pfleger\_innen wer-den hingegen noch nicht voll genutzt.

Das Thema Sport spielt für das Gesundheitssystem auch eine Rolle: Regelmäßige Bewegung steigert das persönliche Wohlbefinden, die Lern-fähigkeit und die Gesundheit des Einzelnen. Mehr aktive Sportler\_in-nen bedeuten weniger Krankenstän-de und somit weniger Kosten für das Gesundheitssystem. Das Ausmaß der Bedeutung die Bewegung, Ernährung und unsere Fitness hat, ist vielen Men-schen aber nicht bewusst. Der Grund-stein dafür wird schon in jungem Alter gesetzt. Pädagog\_innen werden aller-dings nicht ausreichend ausgebildet, um Bewegung in den Alltag von Kin-dern und Jugendlichen zu integrieren. Im Turnunterricht fehlt das Lehren von Basisbewegungen und Grundkennt-nissen in verschiedenen Sportarten.

Bereits existierende Sportstätten sowie Sporthallen bei Ausbildungs-stätten werden oft nicht zur Gänze ausgelastet, da die Kooperation mit Vereinen und die übergreifende Koor-

dination fehlt. Dies schädigt den Sport nachhaltig und wird immer mehr Ver-eine in ihrer Existenz bedrohen. Hofft man auf eine Förderung, stellt sich der Prozess für kleinere Förderneh-mer\_innen als kompliziert und un-durchsichtig dar. Zudem werden die vorhandenen Gelder durch die feh-lende Trennung von Fördergeber und -empfänger unfair verteilt.

**Lösungen**

**Pensionsharmonisierung  
umsetzen**

Das Pensionsharmonisierungsges-etz 2005 muss umgehend umgesetzt werden. Alle Menschen in diesem Land haben – bei gleicher Leistung – Anspruch auf die gleiche Pension. Besonders die Länder müssen die vom Bund bereits umgesetzten Maß-nahmen bei den Beamtenpensionen übernehmen.

**Pensionswahrheit (Pensions-  
automatismus) schaffen**

Um Pensionswahrheit zu schaf-fen, ist ein Pensionsautomatismus nach schwedischem Vorbild (ABM) erforderlich. Der ABM vergleicht die Aktiva des Pensionssystems (aktuel-

le und zukünftige Einzahlungen) mit den Passiva (aktuelle und zukünftige Pensionszahlungen). Ziel ist, dass Aktiva und Passiva im Gleichgewicht sind. Wenn die Aktiva größer sind als die Passiva, dann ist das System langfristig finanzierbar und man hat sogar noch einen Überschuss. Sollten die Passiva größer sein, sind Maßnahmen (Änderung der Aufwertungsfaktoren, geringere Pensionsanpassung, Ausgleich durch Pufferfonds, ...) erforderlich, um das Gleichgewicht wiederherzustellen.

### **Berücksichtigung der Lebenserwartung**

In die Berechnung der Pensionshöhe soll künftig die Entwicklung der Lebenserwartung als Automatismus aufgenommen werden. Durch die einmalige Festlegung eines „Pensionsreferenz-Antrittsalters“ entfällt die laufende Diskussion um ein Anheben des Pensionsalters und schafft damit auch Anreize für späteren Pensionsantritt. Der Pensionsantritt kann von jedem/r individuell zwischen 61 und 69 erfolgen. Jeder frühere Pensionsantritt oder jede Verlängerung der Lebenserwartung führt zu einer längeren Zahlungsdauer und damit zu einer geringeren Startpension. Umgekehrt

erhöht sich die Pension bei einem späteren Beginn.

### **Betriebliche und private Pensionsvorsorge stärken**

Die zweite Pensionssäule (betriebliche Pensionsvorsorge) und dritte Pensionssäule (private Vorsorge) sind in Österreich noch vergleichsweise schwach ausgeprägt. Aktuell fließen 1,53% des Bruttolohns in Form eines Arbeitgeberbeitrags in die „Vorsorgekassen“. Mögliche Erweiterung der Beitragsregelung: 3% Arbeitgeberbeitrag obligatorisch, 6% steuerfreier Arbeitnehmerbeitrag optional. Auch die private Pensionsvorsorge („Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge“) muss attraktiver werden, zum Beispiel durch starke Sparanreize oder eine Erweiterung der Anlagemodelle.

### **Automatisches Pensionssplitting einführen**

Bei Eltern soll für die Zeit der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr (optional bis zum 15. Lebensjahr) des Kindes automatisch ein Pensionssplitting gelten, sofern die Eltern sich nicht einvernehmlich dagegen entscheiden. Die

Pensionskontogutschriften werden zwischen den Kindeseltern gleichmäßig auf die Konten aufgeteilt. Das automatische Splitting besteht für die leiblichen Eltern unabhängig von einer Ehe oder einer aufrechten Partnerschaft. Bei mehreren Kindern endet das Splitting mit Vollendung des 10. Lebensjahres des jüngsten Kindes.

### **Übergangszeit zwischen Dienstende und Pensionsbeginn neu regeln (Bridging)**

Zwischen Dienstende und Pensionsbeginn entsteht in vielen Fällen ein Zeitraum von ein bis zwei Jahren, der finanziell überbrückt werden muss, um auch bei einer weitestgehenden Flexibilisierung des Systems eine ausreichende Pension zu erhalten. In diesen Fällen könnten z.B. die Vorsorgekassen vom vorhandenen Kapital monatliche Zahlungen leisten, um den finanziellen Bedarf zu decken.

### **Zeitwertkonten einführen**

Eine weitere Möglichkeit zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist die Einführung von Zeitwertkonten. Auf

diesen werden Mehrarbeitszeiten angespart. Die Konsumation dieser Zeit kann z.B. durch Auszahlung erfolgen oder etwa durch Verwendung für die betriebliche Altersversorgung. Ferner gibt es die Option auch erfolgsabhängige Boni auf das Konto einzuzahlen. In Summe wären dann sogar namhafte Abfertigungszahlungen möglich (siehe Bridging).

### **Ruhestandsversetzungen eindämmen**

Im Beamt\_innenbereich bzw. im Bereich der definitiv gestellten ÖBB-Bediensteten sind die Pensionen einerseits relativ hoch und andererseits gibt es zahlreiche vorzeitige Ruhestandsversetzungen, insbesondere wegen dauernder Dienstunfähigkeit (vor allem Post, Telekom, Postbus, ÖBB und Gemeinde Wien). Diese Pensionierungen reduzieren zwar die Personalkosten der jeweiligen Institution, belasten aber ungleich mehr das Pensionsbudget der Republik Österreich. Deshalb fordern wir, dass sämtliche Pensionsverfahren ausschließlich durch die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) erfolgen müssen. Keine Ruhestandsversetzung wegen dauernder Dienstunfähigkeit nach § 14 BDG darf ohne ein Gutachten eines von der

PVA bestellten berufskundigen Sachverständigen erfolgen.

### **Primärversorgung flächendeckend umsetzen**

Die gesetzlich verankerte Primärversorgung soll flächendeckend umgesetzt werden. Das heißt, dass die Zusammenarbeit der niedergelassenen Gesundheitsberufsgruppen (Ärzt\_innen, Pfleger\_innen, Therapeut\_innen, Sozialarbeiter\_innen) unter einem Dach oder in Netzwerken gestärkt werden muss. Dies schafft unter anderem folgende Vorteile: Kostenreduktion, bessere Präventionsmöglichkeiten, besserer Compliance, kürzere Wartezeiten, bessere Kommunikation, leichtere und bessere Evaluierung bezüglich Prozess- und Ergebnisqualität, Patientensicherheit, Schnittstellenmanagement. Es muss künftig möglich sein, dass auch nicht-ärztliche Berufsgruppen die Leitung einer Primärversorgungspraxis übernehmen können.

### **Gemeinschafts- und Gruppenpraxen ermöglichen**

Es braucht verbesserte Rahmenbedingungen für gesetzliche und strukturelle Voraussetzungen zur Eta-

blierung von allgemeinen Netzwerken, Gemeinschafts- bzw. Gruppenpraxen und Versorgungszentren. Das umfasst unter anderem die Themen Flexibilität, Familienfreundlichkeit, neue Angestelltenverhältnisse. Eine wesentliche Voraussetzung ist eine gemeinsame IT-Basis (z.B. elektronische Patientenakte).

### **Tagesklinischen Bereich ausbauen**

Ausbau des tagesklinischen Bereichs und der Qualitätssicherung bei gleichzeitiger Reduktion des ausschließlich stationären Bereichs. Letzterer spezialisiert sich bedarfsgerecht im Hinblick auf Angebot und Öffnungszeiten sowie auf Diagnose, Pflege und Therapie am Lebensende (Geriatric, Hospiz).

### **Community Nurse und selbstbestimmte Pflege stärken**

Speziell im niedergelassenen Bereich können Hausärzt\_innen durch die diplomierte Pflege entlastet werden. Dabei geht es um Patient\_innenbetreuung vor Ort inkl. Hausbesuche, die Pflegegeldbegutachtung, oder um Präventionsgespräche.

Für die Selbstbestimmung muss zudem ein Pflegeleistungskatalog etabliert werden, wodurch die Pflege mit den Krankenkassen abgerechnet werden kann.

### **Einschreibmodelle für „Strukturierte Versorgung“ von chronisch Kranken**

Um speziell die chronisch kranken Patient\_innen besser zu versorgen, müssen Einschreibmodelle zur strukturierten Versorgung flächendeckend gestärkt werden. Dadurch ist nicht nur eine bessere, sondern auch eine günstigere Versorgung möglich.

### **Einschreibmodelle für „Hausarztzentrierte Versorgung“**

Alle Versicherten sollen die Möglichkeit bekommen, sich in ein Hausarztmodell einschreiben zu lassen. Dabei verpflichten sie sich bei einer Krankheit (Notfälle ausgenommen) zuerst ihren Hausarzt/ihre Hausärztin zu kontaktieren. Dadurch wird eine strukturiertere und effektivere Versorgung sichergestellt. Für die freiwillige Verpflichtung sollen die Versicherten eine Begünstigung bei den Krankenkassenversicherungsprämien erhalten.

### **Wahlfreiheiten stärken**

Um die Wahlfreiheiten zu stärken, sollen in einem ersten Schritt die Mehrfachversicherungen abgeschafft werden und sich die Mehrfachversicherten für eine Kasse entscheiden können. In einem weiteren Schritt muss die freie Kassenwahl wie in anderen europäischen Ländern kommen. Zudem sollen die Versicherten kassenunabhängig in Selbstbehaltmodelle optieren dürfen.

Außerdem sollen die Versichertenvertreter\_innen in den Krankenkassen künftig nicht mehr durch die Kammern besetzt werden, sondern über „Sozialwahlen“ von den Versicherten und Unternehmen direkt gewählt werden.

### **Bedarfsplanung objektivieren**

Um eine bedarfsgerechte Versorgung und Gesundheitsplanung sicherzustellen, braucht es viele kleine Schritte zu mehr Versorgungstransparenz. Dazu zählen transparente Berichte zur tatsächlichen und zur notwendigen Versorgungslage, um Fehl-, Über- und Unterversorgung leichter zu erkennen.

### **Gesundheitsverwaltung effizienter und effektiver machen**

Die Verwaltungseinheiten (Kassen, Landesgesundheitsfonds) müssen so weit wie möglich zusammengefasst werden, um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und hohe Effektivität in der Versorgung zu gewährleisten. Eine gewisse Vielfalt muss allerdings bewahrt werden, um eine Einschränkung der Wettbewerbsanreize zu verhindern.

### **Ausbildungsreform umsetzen**

Eine echte Ausbildungsreform schließt eine Anpassung der Ausbildung von Nachwuchsärzt\_innen mit ein, wozu eine früher angesetzte und längere Lehrpraxis (neun statt sechs Monate) gehört. Um die Primärversorgung und die Zusammenarbeit der Gesundheits-Berufsgruppen im Allgemeinen zu stärken, sollen die verschiedenen Gesundheitsberufe einen Teil der Ausbildung gemeinsam absolvieren können.

### **Gesundheitsförderung und Prävention ausbauen**

Gesundheitsförderung und Prävention müssen deutlich ausgebaut werden (Vorsorge- statt Reparaturmedizin), inkl. positiver Anreize bei Erreichen von vereinbarten Gesundheitszielen. Dazu zählt auch ein niedrigschwelliger und breiter Zugang unter Miteinbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Strukturen (Apotheken, Schulen, Vereinen, etc.).

### **Kinder- und Jugendgesundheit fördern**

Die Förderung von Kinder- und Jugendgesundheit (Programme in Schulen, Vereinen, etc.) und vermehrte Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit (organisatorische Hilfe bei Betreuung, physische und psychische Entlastung und Begleitung der Pflegenden, etc.) müssen forciert werden.

### **Psychosoziale Versorgung fördern**

Die Förderung von psychosozialer Betreuung (Besuchs-, Begleitdienste, etc.) im Bereich der Pflege und Altenbetreuung muss ausgebaut werden. Dazu braucht es Unterstützung di-

verser sozialer und psychosozialer Dienste, um wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

### **Leistungskataloge vereinheitlichen**

Die Versicherten sind je nach Krankenkasse immer noch mit unterschiedlichen Leistungskatalogen konfrontiert. Diese müssen schnellstmöglich vereinheitlicht werden. Dies ist umso wichtiger, da die Österreicher\_innen ihre Krankenkasse nicht selbst frei wählen können.

### **Verpflichtende Basisversicherung mit freiwilliger Erweiterung**

Verpflichtende Versicherung in der Basisversorgung über SV-System, Modulsystem für Mehrleistungen (vermehrte physikalische Therapie oder „Wellness“, „Schönheitsoperationen“, vermehrte und zusätzliche, nicht ausschließlich der nachhaltigen Prävention dienende Kuraufenthalte, komplette Zahnbehandlungen, komplementärmedizinische Leistungen, komplette Rückerstattung von Privat honoraren, etc.). Sonderklasseversicherung soll es nur für Hotelleistungen inkl. Privatkrankehäuser und

nicht für Zwei- oder Mehr- Klassen-Medizin, bezogen auf die Basisversorgung, geben.

### **Finanzierung aus einer Hand**

Mit der Finanzierung aus einer Hand kann bedarfsorientierter, ökonomischer und transparenter agiert werden. Zusätzlich wird eine Reduktion der Doppelgleisigkeiten und „Verschiebungen“ ermöglicht (z.B. Zusammenführen der KK-Beiträge und Steuern/Ausgleichszahlungen, gemeinsame Finanzierung des ambulanten und stationären Bereiches, etc.).

### **Risikostrukturausgleich zwischen Krankenkassen**

Um eine faire Mittelverteilung zu gewährleisten, damit sich alle Krankenkassen gleichwertige Leistungskataloge leisten können, soll ein umfassender Kassenfinanzkraftausgleich (Risikostrukturausgleich) zwischen den Krankenkassen und Krankenfürsorgeanstalten etabliert werden.

### ***Fachlehrersystem im Kindergarten und der Volksschule***

Kinderbewegungsspezialist\_innen sollen Kindern durch sportwissenschaftlich angemessene Koordinationsübungen die Freude an der Bewegung näherbringen. Dazu braucht es „Bewegung für Kinder“ für Kindergartenpädagog\_innen sowie ausgebildete Turnlehrer\_innen in Volksschulen. Kompetenzen des Betreuungspersonals im Kindergartenbereich sollen durch Zusatzausbildungen verbessert werden.

Tägliche Bewegung darf kein Zwang sein, es muss sich auch nicht auf eine tägliche Turnstunde beschränken, denn Bewegung kann im schulischen Rahmen auch anders gestaltet werden.

### ***Auslastungsmanagement von Sportstätten***

Das Ziel muss die volle Auslastung und gemeinsame Nutzung von Sportstätten in Österreich sein. Eine zentrale Koordinationsstelle für Sportstätten sowie Sportförderung kann dieses Ziel ermöglichen. In Zusammenarbeit mit den Ländern muss ein österreich-

weiter Sportstättenplan entstehen, der durch eine zentrale Stelle koordiniert wird. Durch ein effizientes Auslastungsmanagement können alle vorhandenen Sportstätten ideal genutzt werden.

### ***Ende des Förderdschungels***

In Gremien müssen unabhängige Personen sitzen, die nicht durch Multifunktionalität in die Lage kommen, als Fördergeber\_innen sowie Fördernehmer\_innen zur gleichen Zeit zu fungieren. Politische Einflussnahme muss reduziert werden. Das österreichische Sportfördersystem ist bundesweit gesehen intransparent und zu teuer. Nur ca. ein Drittel der Sportförderung kommt bei den Sportler\_innen an, der Rest versickert in der Administration. Die Transparenzdatenbank muss befüllt, eine Sportförderdatenbank erschaffen werden. Ein „One-Stop Shop“ für Förderungen soll die Zuständigkeit für Projekte und Förderungen zentralisieren und den Fördernehmer\_innen den Zugang erleichtern.



## **SOZIALES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
für alle, weg mit der  
Freunderlwirtschaft,  
weg mit antiquierten  
Gesellschaftsbildern*

**SOZIALES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN FÜR ALLE,  
WEG MIT DER  
FREUNDERLWIRTSCHAFT,  
WEG MIT ANTIQUIERTEN  
GESELLSCHAFTSBILDERN**

**Herausforderungen**

Konservative Familien- und Rollenbilder sind in Österreich immer noch fest verankert. Familienpolitik, die moderne, andere Familienformen anerkennt, die längst über die Kernfamilie hinausgehen, ist nicht vorzufinden. Familienleistungen werden nach wie vor zum Großteil in Form von Geldleistungen ausbezahlt. Das Angebot von Kinderbetreuungsplätzen ist unzureichend - speziell Plätze für Unter-Drei-Jährige sind rar. Frauen schultern den Großteil der Familien- und Betreuungsarbeit. Die Väterbeteiligung, was Karenzen oder Kinderbetreuungsgeld angeht, ist in manchen Bereichen verschwindend gering. Die Standards der Kinder- und Jugendhilfe variieren stark zwischen den einzelnen Bundesländern. Finanzielle Leistungen und arbeits- und sozialrechtliche Absicherung für Krisenpflegeeltern sind in vielen Bundesländern nicht im richtigen Ausmaß gegeben. Noch immer erhalten nicht alle von

ihnen Kinderbetreuungsgeld. Für Arbeitnehmer\_innen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten wurde die Familienbeihilfe indexiert, was in vielen Fällen eine Kürzung und somit eklatante Ungleichbehandlung gegenüber österreichischen Arbeitnehmer\_innen bedeutet.

Im Sozialbereich wurde eine misslungene Reform der Mindestsicherung beschlossen, die weiterhin in allen Bundesländern unterschiedliche Systeme nach sich zieht. Nach wie vor existiert parallel zur Mindestsicherung mit der Notstandshilfe eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung, die unbegrenzt beziehbar ist. Das Versicherungsprinzip wird damit überspannt, Erwerbsanreize sind nur in begrenztem Maße Teil der österreichischen Sozial- und Arbeitslosenversicherungsleistungen. Es gibt viel zu wenige aktiv arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die dazu führen, dass vor allem Menschen über 50, aber auch Menschen, deren Jobs aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung abgebaut werden, wieder in Beschäftigung gebracht werden. Viele Maßnahmen sind nicht treffsicher und bürokratisch. Es gibt ein System, in dem derjenige am meisten von staatlicher Hilfe profitiert, der sich am besten im

Behördendschubel auskennt, nicht aber, wer sich aktiv darum bemüht, Arbeit zu finden.

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Österreich arbeiten in Teilzeit. Lange Teilzeitphasen werden im Arbeits-, Sozial- oder Steuerrecht weiterhin indirekt begünstigt. Diese negativen Erwerbsanreize führen häufig dazu, dass Frauen auch im Alter nur schwierig ein Auskommen finden. Die Rahmenbedingungen erschweren eine Vollzeitbeschäftigung für Frauen mit Kindern immer noch.

Weiterhin sind viele Frauen und Kinder von Gewalt betroffen und können auf zu wenige bzw. (vor allem am Land) auf gar keine Gewaltschutzeinrichtungen zurückgreifen. Die Kommunikation zwischen den Behörden ist nicht ausreichend.

**Lösungen**

**Rechtsanspruch auf  
qualitätsvolle Kinder-  
betreuungsplätze ab dem  
ersten Geburtstag**

Solange nicht sichergestellt ist, dass jedes Kind einen Kinderbetreuungsplatz hat – egal ob er letztlich

in Anspruch genommen wird oder nicht – wird echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich sein. Wenn wir Geschlechter- und Chancengerechtigkeit erreichen wollen, ist dieser Rechtsanspruch die Grundvoraussetzung dafür. Dadurch entsteht allerdings kein Zwang, sein Kind frühzeitig in eine Betreuungseinrichtung zu geben, sondern lediglich echte Freiheit zu entscheiden, ob und ab wann man das möchte.

**Individuelle Ansprüche  
auf Karenz mit mehr Über-  
lappungsmöglichkeiten  
(Familienzeit)**

Um eine gleichwertigere Verteilung von Betreuungs- und Sorgearbeit zwischen Eltern zu ermöglichen, braucht es individuelle Ansprüche auf Karenz, die verfallen, wenn sie nicht in Anspruch genommen werden. Wir wollen für jeden Elternteil einen individuellen Karenzanspruch im Ausmaß von max. 18 Monaten bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes (inkl. besonderer Bestandschutz des Arbeitsverhältnisses). Um mehr gemeinsame Zeit zu ermöglichen, muss es mehr Überlappungsmöglichkeiten und Flexibilität geben. Das bedeutet, es soll möglich sein,

dass auch beide Eltern gleichzeitig in Karenz gehen dürfen.

### **Individuelles, einkommensabhängiges Familiengeldkonto**

Die Väterbeteiligung ist bei den Varianten des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes am höchsten. Langfristig wollen wir die Schaffung eines individuellen, einkommensabhängigen Familiengeldkontos (ersetzt die bisherigen Regelungen zum Kinderbetreuungsgeld; die Versicherungsleistung des Wochengeldes bleibt davon unberührt): Jedem Elternteil steht individuell ein Anspruch auf Familiengeld im Ausmaß von sechs bis maximal zwölf Monaten zu. Der genaue Zeitraum der Auszahlung wird von den Eltern individuell festgelegt. Die Karenz kann damit wie bisher im Ausmaß von je bis zu 18 Monaten in Anspruch genommen werden. Unabhängig von der gewählten Bezugsdauer steht für diesen Zeitraum ein fixer Geldbetrag zur Verfügung, der über den gewählten Zeitraum hinweg gleichmäßig ausbezahlt wird. Für Alleinerziehende soll es Erleichterungen geben.

### **Reform der Elternteilzeit**

Der arbeitsrechtliche Anspruch auf Elternteilzeit soll deshalb höchstens eine Arbeitszeitreduktion auf 20 Wochenstunden (bzw. 50% einer Vollzeitbeschäftigung) betragen. Durch die Erleichterung der Situation auch für Arbeitgeber\_innen soll Elternteilzeit für Frauen wie Männer ohne Stigmatisierung ermöglicht werden und somit eine partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung fördern.

### **Alleinerziehende unterstützen: Modernisierung im Unterhaltsvorschussrecht**

Alleinerziehende sollen bestmöglich unterstützt werden. Dazu bedarf es einer Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes. Es muss sichergestellt werden, dass Alimente auch bei den Kindern ankommen. Verfahren müssen beschleunigt werden, die Wiedereinbringungsrate erhöht, eine Entbürokratisierung ist dringend notwendig.

### **Neue Familienrealitäten anerkennen**

Familienformen ändern sich, immer mehr Eltern leben getrennt. Kindern soll es möglich sein, bei beiden Elternteilen leben zu können. Daher wollen wir die Einführung von Doppelresidenzen. Auch für viele andere Familienleistungen soll die Bedingung des „gemeinsamen Hauptwohnsitzes“ wegfallen. Das bringt Erleichterung der Inanspruchnahme verschiedener familienrechtlicher Maßnahmen im Falle eines getrennten Haushaltes.

### **Gleiches Recht für europäische Arbeitnehmer\_innen und deren Kinder**

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Indexierung der Familienbeihilfe rechtswidrig ist und dringend zurückgenommen werden muss, bevor sie höchstgerichtlich gekippt wird.

### **Krisenpflegepersonen besser unterstützen**

Krisenpflegepersonen müssen mehr Unterstützung von staatlicher Seite erfahren. Im ersten Schritt braucht es dafür die Garantie, dass alle von ihnen Kinderbetreuungsgeld

bekommen. Die arbeits- und sozialrechtliche Absicherung muss außerdem verbessert bzw. überhaupt erst eingeführt werden.

### **Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln**

Die Kinder- und Jugendhilfe in Österreich muss dringend weiterentwickelt werden. Es braucht einheitliche Standards, Ausbildungsschemata, aber auch Budget und die gleichen finanziellen Leistungen pro Kind in KJH-Maßnahmen in ganz Österreich. Auch eine Angleichung der Tagsätze zwischen geflüchteten und einheimischen Kindern ist dringend notwendig. Die Betreuung von Care-Leavern (Jugendliche über 18, die sich zuvor in einer Einrichtung der KJH befunden haben) muss verbessert bzw. überhaupt erst etabliert werden.

### **Bundesweit einheitlicher Jugendschutz**

Nach wie vor sind die Jugendschutzgesetze von Bundesland zu Bundesland verschieden. Wir brauchen endlich einen bundesweit einheitlichen Jugendschutz, damit es nicht mehr sein kann, dass Jugendli-

che in der Steiermark ab 16 Autostoppen dürfen, in Kärnten ab 14 Jahren.

### **Liberales Bürgergeld**

Ein treffsicheres, effektives und unbürokratisches letztes soziales Netz stellt das liberale Bürgergeld dar. Es ist bundesweit einheitlich, enthält Erwerbsanreize, basiert auf dem Prinzip der negativen Einkommenssteuer und ersetzt die derzeit geltenden neun unterschiedlichen Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfegesetze.

### **Degressive Gestaltung des Arbeitslosengeldes**

Dass das Arbeitslosengeld in Österreich immer gleich hoch ist, führt dazu, dass es keinen wesentlichen Erwerbsanreiz gibt. Wir wollen ein Absinken der Leistung im zeitlichen Verlauf, sowie eine Anpassung der Höhe des ALG an die Jahre, in denen Beiträge bezahlt wurden.

### **Transferdatenbank einführen**

Damit der Dschungel an unterschiedlichen Sozialleistungen endlich weniger wird, wollen wir die Einführung einer Sozialtransferdatenbank, anhand derer das System treffsicherer

wird. Dadurch kommt es zu einer Entbürokratisierung und Erleichterung für Behörden im Vollzug.

### **Sachleistungen für Bildung & Chancengerechtigkeit**

Wer eine Sozialleistung bezieht, sollte nicht der Möglichkeiten beraubt werden, Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Wir wollen verstärkt Sachleistungen zur Verfügung stellen, die es Menschen ermöglichen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, auch wenn sie sich gerade in einer sozialen Notlage befinden. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Kinderbetreuung und -bildung, aber auch Mobilität sollen daher beispielsweise als Sachleistungen zur Verfügung gestellt werden.

### **Negative Erwerbsanreize abschaffen**

Im Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht gibt es zahlreiche „negative Erwerbsanreize“, die dazu führen, dass Teilzeitarbeit mit allen negativen langfristigen Konsequenzen begünstigt wird. Diese müssen abgeschafft werden, um Frauen ein Partizipieren am Arbeitsmarkt zu erleichtern.

### **Arbeit neu bewerten und Geschlechterungleichheiten abbauen**

Kurzfristig müssen Kollektivverträge einer vergleichenden Analyse unterzogen werden, inwiefern Frauen in verschiedenen Branchen und auf verschiedenen Ebenen systematisch geringer entlohnt werden. Langfristig lässt sich eine Abkehr von diesen verkrusteten Strukturen jedoch nur durch Infragestellung der engen Vorgaben von Kollektivverträgen erreichen. Mehr Verhandlungsmöglichkeiten auf Ebene der innerbetrieblichen Interessenvertretung (Betriebsvereinbarung) ermöglichen Arbeitnehmer\_innen und Arbeitgeber\_innen, besser auf die individuellen Bedürfnisse und Wünsche - insbesondere von weiblichen Arbeitnehmer\_innen - eingehen zu können.

### **Teilpension einführen**

Die Altersteilzeit muss hin zu einer echten Teilpension entwickelt werden. Formen wie die geblockte Altersteilzeit, die eigentlich eine staatlich subventionierte Frühpension darstellt, müssen abgeschafft werden. Von erfahrenen Arbeitnehmer\_innen kann jedes Unternehmen profitieren,

die Bedingungen dafür müssen verbessert werden.

### **Jährliche Pensionskontomitteilungen**

Frauen und Männern muss es möglich sein zu wissen, wie viel sie im Alter zum Auskommen haben werden und wie sich ihre derzeitige Erwerbstätigkeit darauf auswirkt. Dazu braucht es jährliche Pensionskontomitteilungen, die bewusstseinsbildend und transparent sind.

### **Automatisches Pensionsplitting mit Opt-out**

Wir wollen, dass Pensionszeiten während Zeiten der Kindererziehung automatisch gesplittet werden. Damit schaffen wir für Väter einen Anreiz, ebenso Zeit mit der Familie zu verbringen und für Mütter, schneller wieder ins Berufsleben einzusteigen.

### **Gewaltambulanzen in jedem Bundesland**

Nach wie vor werden viele von Gewalt betroffene (vor allem Frauen und Kinder) nur unzureichend versorgt. In Gewaltambulanzen werden Opfer von Gewalt rechtsmedizinisch unter-

sucht. Das führt zu besserer Beweissicherung, schnelleren Verfahren und höheren Chancen auf Verurteilung der Täter\_innen.

### ***Gewaltschutz ausbauen***

Es braucht mehr Budget, um flächendeckenden, niederschweligen Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen zu gewährleisten und diese auszubauen. Auch Investitionen in Prävention und Information, sowie Täter\_innenarbeit müssen erhöht werden. Die Forderungen des GREVIO Komitees bzgl. der Umsetzung der Istanbul-Konvention müssen umgesetzt werden.

### ***Spezifische Angebote des Gewaltschutzes für Kinder und Jugendliche***

Für Kinder und Jugendliche, die selbst von Gewalt betroffen sind oder Zeugen häuslicher Gewalt wurden, gibt es viel zu wenig spezifisches Angebot. Insbesondere braucht es die Verankerung von Modulen der Gewaltprävention und des Gewaltschutzes in der richterlichen und staatsanwältlichen Ausbildung. Zusätzlich fordern wir eine Erhöhung der finanziellen und personellen Ressourcen

für Kinder- und Jugendhilfe- wie auch Gewaltschutzzentren sowie der Etablierung bundesweit einheitlicher Ausbildungsstandards, Gewaltschutzkonzepte und Qualitätsrahmen in der österreichischen Kinder- und Jugendhilfe.

### ***Sexuelle und reproduktive Rechte stärken und schützen***

Sexuelle Bildung und Aufklärung sind das Um und Auf, um reproduktive Rechte und sexuelle Integrität aller Menschen sicherzustellen. Um ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden, muss der Zugang zu Verhütungsmitteln erleichtert werden. Informations- und Bildungsangebote müssen massiv ausgebaut werden. Minderjährigen unter 18 Jahren sollen Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Auch ein Zugang zum Schwangerschaftsabbruch darf nicht erschwert werden.

## **KLIMAFREUNDLICHES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch eine  
Ökologisierung des  
Steuersystems  
und nachhaltige  
Innovationen in  
unser aller Zukunft*

**KLIMAFREUNDLICHES  
ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH EINE  
ÖKOLOGISIERUNG DES  
STEUERSYSTEMS UND  
NACHHALTIGE INNOVATIONEN  
IN UNSER ALLER ZUKUNFT**

**Herausforderungen**

Wir haben die Verantwortung, die Umwelt in bestmöglichem Zustand an die nächsten Generationen weiterzugeben. Momentan stehen wir weltweit vor riesigen Herausforderungen, die auch nicht vor Österreich Halt machen. Ohne große Veränderungen bei Energieproduktion, Wirtschaftsprozessen, Mobilität, Konsumverhalten, Landnutzung und Landwirtschaft drohen durch den menschengemachten Klimawandel katastrophale Folgen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind für jede\_n spürbar und erfordern Anpassungen in allen Zukunftsthemen. Zusätzlich werden diese Entwicklungen durch umweltschädliche Subventionen und ein Steuersystem, das ökologische Gesichtspunkte viel zu wenig berücksichtigt, drastisch verlangsamt.

Wichtige Maßnahmen im Klimaschutz sind in den letzten Jahren verschlafen worden. Unsere Treibhausgas-Emissionen steigen nach wie vor, der Ausbau der erneuerbaren Energien stagniert. Weiterhin gibt es, gerade auch im öffentlichen Sektor, bei der thermischen Sanierung von Gebäuden und bei Energiestandards im Neubau zu wenig Fortschritte.

Die Zerstörung von Naturräumen, Umweltverschmutzung und Plastikmüll, landwirtschaftliche Monokulturen unter Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel verursachen ein fortschreitendes Artensterben. In Österreich ist seit 1986 die Anzahl der Wildtiere um 70% zurückgegangen. Dieser Verlust von ökologischer Vielfalt ist bald nicht mehr rückgängig zu machen.

Österreichs Flächenverbrauch durch den Verkehrs- und Siedlungsbau ist nach wie vor zu hoch und alles andere als nachhaltig: Zwölf Hektar neu verbrauchter Fläche pro Tag – der höchste Wert in der EU. 41% davon sind versiegelt. Auch im Mobilitätssektor besteht Handlungsbedarf. Viele sind nach wie vor auf das Auto angewiesen. Es fehlen echte Alternativen im öffentlichen Verkehr, beim Aktiv-

verkehr (Fuß- und Radverkehr) sowie bei innovativen Verkehrslösungen (Car-sharing, Multimodalität etc.).

Aber auch die österreichische Landwirtschaft, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt, steht unter großem Druck. Die Einkommen sind im internationalen Vergleich niedrig. Landwirte werden mit den Herausforderungen des Klimawandels und der Umsetzung schonenderer Methoden von verkrusteten Strukturen und trägen Interessensvertretungen im Stich gelassen. Zusätzlich ist die derzeitige Nutzung von Fördermitteln im Rahmen der Europäischen Agrarpolitik nicht effizient und begünstigt Großbetriebe, während ökologische Aspekte noch eine viel zu geringe Rolle spielen.

Wir wollen uns diesen Problemen stellen und den Stillstand in der österreichischen Nachhaltigkeitspolitik beenden. Es ist jetzt die Zeit gekommen, mit innovativen Konzepten und mutigen Lösungen die Grundlagen für eine nachhaltige Zukunft zu schaffen. Österreich soll zum internationalen Vorreiter bei Umwelt- und Klimaschutz werden.

**Lösungen**

**Klima- und Energiepolitik**

**CO2 besteuern – Arbeit entlasten**

NEOS treten für eine aufkommensneutrale CO2-Steuer ein. Sie ist der fairste und effizienteste Weg, um die Emission von Treibhausgasen zu verringern und schafft Anreize für klimafreundliche Innovationen und Investitionen. Wesentlich ist, dass sie aufkommensneutral gestaltet wird. Das bedeutet, dass die Gesamtsteuerbelastung, die in Österreich bereits massiv ist, nicht erhöht wird. Die CO2-Steuer soll schrittweise eingeführt werden, damit Konsument\_innen und Wirtschaft Planungssicherheit haben und ihre Verhaltensmuster und Prozesse anpassen können. Erfahrungen aus Schweden zeigen, dass eine CO2-Steuer Emissionen nachhaltig reduziert, ohne Einbußen bei Wirtschaftswachstum oder Kaufkraft zu verursachen. Die CO2-Steuer wird weniger effiziente CO2-Vorschriften wie zum Beispiel die Normverbrauchsabgabe (NoVA) oder die motorbezogene Versicherungssteuer ersetzen. Beide sollen abgeschafft werden. Die Einnahmen werden zur Entlastung

von Steuern auf Arbeit eingesetzt, insbesondere für niedrige und mittlere Einkommen. Dadurch wird auch ein aktiver Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geleistet.

### **Volle Transparenz und Verantwortung beim Klimaschutz**

Durch Einführung von Klimabudgets wollen wir auf allen politischen Ebenen einen effektiven und transparenten Klimaschutz sicherstellen. Auf Basis der Verpflichtungen Österreichs, bis 2050 Emissionen zu reduzieren, soll parallel zum Finanzbudget ein nationales CO<sub>2</sub>-Budget geführt werden. In diesem werden die Treibhausgasemissionen staatlichen Handelns gemessen und budgetiert. Das Klimabudget stellt (wie das Finanzbudget) einen politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozess dar, in dem Politik und Verwaltung Verantwortung übernehmen und Rechenschaft ablegen müssen. Basis sind wissenschaftlich fundierte Daten.

Klimatransparenz ist nicht nur die Grundlage für klare und verbindliche klimapolitische Maßnahmen, sondern schafft auch Planungssicherheit für langfristige Projekte von wirtschaft-

lichen und zivilgesellschaftlichen Akteur\_innen.

### **Den Ausbau der erneuerbaren Energien durch ein effizienteres Fördersystem vorantreiben**

Mit einem neuen Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG) wollen wir das Fördersystem effizienter und effektiver gestalten, den Ausbau erneuerbarer Energieträger vorantreiben und in einen transparenten, stabilen und nachhaltigen Energiemarkt integrieren. Durch den Abbau von unnötigen Hindernissen wollen wir zusätzlich mehr Anbietern erneuerbarer Energie den Zugang zum Markt erleichtern und die Potentiale von innovativen Unternehmen nutzen. So erreichen wir unsere Klimaziele, stellen die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der Energieversorgung sicher, während gleichzeitig Netzstabilität und Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

### **Ein Energiesystem für das 21. Jahrhundert aufbauen**

NEOS wollen mit einer innovativen, ganzheitlich gedachten und nachhaltigen Energiepolitik die Zukunft des Energiesystems einleiten.

Durch intelligente Netze und eine Flexibilisierung von Netztarifen können wir die Energieeffizienz steigern, und mit Investitionen in Forschung und Infrastruktur können wir die Integration von Speichertechnologien, Erneuerbaren und E-Mobilität, in stärker dezentralisierte Versorgungssysteme gewährleisten. So werden im erneuerbaren Energiesystem der Zukunft auch Privathaushalte und Wirtschaftsbetriebe von reinen Konsumenten zu Produzenten.

### **Endlich Fortschritte bei der Energieeffizienz erzielen**

Wir wollen mit einem Anreizsystem und steuerlichen Begünstigungen die Sanierungsrate erhöhen und den Energieverbrauch senken. Die öffentliche Hand muss bei ihrem beträchtlichen Gebäudebestand und beim sozialen Wohnbau mit Vorbildwirkung vorgehen und damit gleichzeitig dazu beitragen, Energiekosten für Menschen aus sozial schwachen Schichten zu senken. Wir sorgen dafür, dass in Österreich jedes öffentliche Gebäude mit Fotovoltaikanlagen, effizienter Heizanlage und modernen Fenstern ausgestattet wird.

### **Österreich zum europäischen Musterschüler machen**

Wir wollen, dass Österreich in Europa bei der Klima- und Energiepolitik zum Vorreiter und Vorbild wird. Wir setzen uns nicht nur für ambitionierte, europaweite Maßnahmen wie eine CO<sub>2</sub>-Steuer ein, sondern auch für eine nachhaltige Energieunion und einen freien, grenzenlosen Markt für erneuerbare Energien. Wenn es darum geht, europaweite, konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz, für ein nachhaltiges Energiesystem und gegen die Abhängigkeit von Energieimporten zu setzen, muss unser Land federführend sein. Österreich soll außerdem dafür eintreten, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein Fundament der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sind. Europäische Standards werden beim Klima- und Umweltschutz in die Welt getragen und nicht umgekehrt.



## **Mobilität und Raumplanung**

### **Eine grundlegende Reform der Raumplanung und Flächennutzung**

Wir brauchen in Österreich für Flächennutzung, Raum- und Verkehrsplanung eine bundesweite Gesamtstrategie und einen bundesgesetzlichen Rahmen. Nur so können wir die Zersiedelung stoppen, Naturraum und Böden schützen und eine nachhaltige Wohn- und Infrastrukturpolitik ermöglichen. Durch eine Reform der Fördersysteme, neue Anreize für Siedlungsverdichtung und Flächenrecycling sowie verstärkte Transparenz, Kontrolle und Reform der Widmungskompetenzen werden wir der Zersiedelung und dem Flächenfraß entgegenwirken. Zusätzlich wird eine bundeseinheitliche Rahmenkompetenz in der Raumordnung das Konzept der grünen Infrastruktur stärker in den Fokus stellen. Wir entwickeln einen bundesweiten Masterplan für den Schutz von Böden, der nicht nur Maßnahmen zur Verhinderung von Versiegelung umfasst, sondern auch Maßnahmen und Ziele zur Erosionsbekämpfung und zur Reduktion der Bodenbelastung durch chemischen Pflanzenschutz und Überdüngung.

## **Gesamteuropäische Mobilitätslösungen**

Das Konzept der paneuropäischen Verkehrskorridore der EU ist das Rückgrat des effizienten Transports innerhalb Europas. Zur tatsächlichen Umsetzung muss man die Nationalstaaten stärker in die Pflicht nehmen, um die großen Lücken des europäischen Verkehrsnetzes rasch zu schließen. Um den notwendigen Ausbau zu beschleunigen, sollen europäische Fördermittel innerhalb eines straffen Zeitkorridors ausgegeben werden. Damit wird Transport in Europa schneller und umweltfreundlicher und die Bürger\_innen der Europäischen Union wachsen näher zusammen. Die Wirtschaft wird ebenso gestärkt wie der Schadstoffausstoß vermindert.

### **Impulse für eine nachhaltige Zukunft der Mobilität**

Die Abkehr von fossil getragenen Antriebssystemen ist ein Gebot der Stunde. Die Lösungen dazu liegen im Bereich Elektromobilität, Wasserstoff und in synthetischen Treibstoffen. Welche Technologie schlussendlich die effizienteste sein wird, ist noch nicht klar abzusehen, aber es benötigt Investitionen in die Forschung,

um den Aufbau einer wettbewerbsfähigen und innovativen Industrie zu unterstützen. Österreich wird hier eine Vorreiterrolle in der Entwicklung von zukunftsfähigen Mobilitätslösungen einnehmen. Durch Förderung des öffentlichen Verkehrs und Ausbau der Fahrrad- und Fußgängerinfrastruktur sorgen wir außerdem dafür, dass umweltfreundliche Mobilität erleichtert wird.

### **Innovative Unternehmen beteiligen**

Bei innovativen Infrastrukturprojekten und neuen Technologien wollen wir die Beteiligung Privater durch Public Private Partnerships ermöglichen. Das heißt, der Staat soll gemeinsam mit privaten Unternehmen Projekte umsetzen. Unrentable Zug- oder Buslinien werden nur mehr per Ausschreibung nach transparenten Kriterien und dem Bestbieter-Prinzip gefördert. Das erhöht Wettbewerb, entlastet die Steuerzahler\_innen und schafft Verbindungen in den ländlichen Raum.

## **Umweltschutz und Landwirtschaft**

### **Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz fördern**

Durch Investitionen in Forschung und Innovation sowie eine Förderung des integrierten Pflanzenschutzes wollen wir den Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln stark reduzieren und gemeinsam mit Landwirten und Wissenschaft den Artenschutz verbessern. So können wir die Umweltbelastung mindern, die Kosten für die Landwirtschaft reduzieren und Anreize für innovative Unternehmen schaffen. Durch die Einschränkung des privaten Gebrauchs von chemischem Pflanzenschutz reduzieren wir die Umweltbelastung und machen Gärten zu Oasen des Vogel- und Insektenschutzes.

### **Reform der EU-Förderpolitik im Agrarbereich**

Im Bereich der EU-Agrarförderungen (Gemeinsame Agrarpolitik der EU – GAP) fordern wir eine grundlegende Reform, die Mittel langfristig weg von der Flächenförderung und hin zu einer integrierten ländlichen Entwicklung sowie zu kleineren Betrieben

umschichtet. Eine enge Verknüpfung von Förderungen an Umweltvorgaben (Ökologisierung) und ein Fokus auf regionale Vermarktung und sanfte Anbaumethoden machen die Landwirtschaft zukunftsfit und klimaschonender. Gelder für die ländliche Entwicklung müssen ein transparentes, effektives Instrument für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums werden.

### ***Landwirt\_innen als innovative Unternehmer\_innen und Umweltdienstleister\_innen***

Wir stehen dafür ein, dass Landwirt\_innen wieder als selbstbestimmte und selbstbewusste Unternehmer\_innen handeln, die nicht mehr am Gängelband der Fördergeber und Interessensvertretungen hängen. Dies gelingt durch mehr Flexibilität bei Förderungen, einer Öffnung des Beratungsmarktes und der Berufsausbildung sowie durch gezielte Förderung von Innovationen. Die modernen Landwirt\_innen sollen nicht nur Produzent\_innen und Subventionsempfänger\_innen sein, sondern auch Innovationsmotor des ländlichen Raumes und Erhalter\_innen nachhaltiger Kultur- und Naturlandschaften.

### ***Landwirtschaft klimafit machen***

Der Klimawandel ist eine große Herausforderung für die Landwirtschaft und wir müssen sie dabei unterstützen, sich nachhaltig daran anzupassen. Zusätzlich zur Reform der Förderpolitik wollen wir mit Digitalisierung und High-Tech für den ländlichen Raum den Klimaschutz vorantreiben. Unsere CO<sub>2</sub>-Steuer zur Entlastung des Faktors Arbeit ist eine große Chance, die regionale und qualitativ hochwertige Lebensmittelproduktion zu stärken und die Entlastung von landwirtschaftlichen Betrieben zu erzielen.

### ***Verantwortungsvoller Umgang mit anderen Lebewesen***

Durch einen Fokus auf regionale Lebensmittelproduktion und einer Reform des Förderwesens können wir Tiertransporte reduzieren und die Lebensbedingungen unserer Nutztiere verbessern. Wir wollen auch den Schutz von Wildtieren, wie den wieder heimisch gewordenen Wolf, Luchs und Bär gewährleisten. Wir müssen sicherstellen, dass sowohl Wissenschaft als auch NGOs, Landwirtschaft und lokale Bevölkerung in diesen Prozess

eingebunden und voll informiert werden. So können Konflikte und Ängste minimiert und Mechanismen zur Entschädigung von Landwirt\_innen geschaffen werden.

### ***Umweltschädliche Subventionen abschaffen***

Nach wie vor gibt es in Österreich zahlreiche Subventionen, Förderungen und Anreizsysteme, die gegen unsere klima- und umweltpolitischen Ziele arbeiten. Durch die schrittweise Abschaffung entlasten wir nicht nur die Umwelt, sondern auch das Budget.

### ***Kreislaufwirtschaft fördern und Abfallmengen reduzieren***

Wir wollen die Kreislaufwirtschaft vorantreiben und die Wiederverwertung von Rohstoffen fördern (kaskadische Nutzung). Die Aufbereitung und Wiedergewinnung von urbanen Rohstoffen („Urban Mining“) verbessert die Ressourcenbilanz. So schaffen wir nicht nur nachhaltige Arbeitsplätze, sondern reduzieren auch die Abfallmengen und die Abhängigkeit von Rohstoffimporten.

## **UNTERNEHMERISCHES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch Eigen-  
verantwortung,  
mehr Chancen  
zum Gestalten*

**UNTERNEHMERISCHES  
ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
EIGENVERANTWORTUNG,  
MEHR CHANCEN ZUM  
GESTALTEN**

**Herausforderungen**

Österreich hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verloren. Die Steuer- und Abgabenquote ist im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hoch und die Bürokratie überwuchert das Unternehmertum. Zwangsgliedern hemmen die unternehmerische Entfaltung. Nur wenn der Unternehmergeist und die Freiheit in Österreich wieder eine Heimat bekommen und die Bürokratie in die Schranken gewiesen wird, kann unser Land ein attraktiver Arbeits- und Wirtschaftsstandort für alle sein. Mit dem derzeitigen Steuersystem ist niemand zufrieden – und das zurecht: Österreich hat ein undurchschaubares Steuersystem mit einer unübersehbaren Vielzahl von Ausnahmeregelungen.

Während Arbeitseinkünfte mit knapp einem Viertel (23,5% des BIP) im europäischen Vergleich viel zu

hoch besteuert werden, wird umweltschädliches Verhalten kaum sanktioniert. Auch mittlere Einkommen sind durch die Einkommensteuer und die Sozialversicherungsbeiträge übermäßig belastet. Jeder zweite verdiente Euro verkommt zu einer Abgabe. Innovation und Wachstum können jedoch nicht vom Staat verordnet werden. Seit mehr als 30 Jahren wird den Österreicher\_innen von Seiten der Politik eine Entlastung des Mittelstandes versprochen – passiert ist bis dato noch nichts. Das Steuersystem in Österreich ist weder einfach noch generationengerecht. Ein Umstand, der von nahezu allen internationalen Organisationen in den jährlichen Länderberichten kritisiert wird.

Immer noch herrscht in Österreich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, was Erwerbstätige angeht. Angestellte und Arbeiter\_innen wurden noch nicht vollständig angeglichen. Gleichzeitig gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen Staatsangestellten und anderen Erwerbstätigen. Beamtenprivilegien wie die bezahlte Mittagspause sind nach wie vor vorhanden. Das Abschließen von Betriebsvereinbarungen ist leider nicht die österreichische Norm und verhindert daher häufig maßgeschneiderte Lösungen, die

eine geänderte Arbeitswelt abbilden könnten. Digitalisierung und Technologisierung schreiten voran, ohne dass entsprechende arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen getroffen werden, um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Nach wie vor herrscht in vielen Bereichen Fachkräftemangel, eine Gesamtstrategie für qualifizierte Zuwanderung fehlt.

Österreich hat durch verfehlte Politik viele Probleme geschaffen. Diese reichen von den Tiefen eines ineffizienten, ausschließlich an Partikularinteressen orientierten Föderalismus, über die Übermacht der Sozialpartnerschaft, bis hin zu einer überbordenden Bürokratie für Unternehmer\_innen und ausländische Facharbeitskräfte. Unternehmer\_innen sind keine Konzerne, sondern Menschen, die oft sichere Jobs riskieren, um beispielsweise durch die Gründung eines Startups weitere Jobs zu schaffen. Diese sind zudem von Handelsbeschränkungen oft am stärksten betroffen. Gerade beim Thema Freihandel steht jedoch meist eine polarisierte Angstdebatte im Vordergrund.

Auch unser Bildungssystem verliert im internationalen Vergleich immer weiter an Qualität. Wir haben

unser großes Erbe schlecht bewirtschaftet. Wir sind Hypotheken eingegangen, die kommende Generationen extrem belasten und kaum Spielraum lassen für Maßnahmen in wirtschaftlichen Krisenzeiten oder für mutige Reformprojekte.

Im Wohnbau breitet sich zudem eine Zwei-Klassen-Gesellschaft aus. Junge Menschen, ganz besonders Familien, können die hohen Mieten am freien Markt kaum mehr zahlen. Währenddessen leben unzählige ältere Österreicher\_innen in Wohnungen mit Altmietverträgen, die für sie eigentlich zu groß sind. Viele sind immer noch Mieter\_innen von Sozialwohnungen, obwohl sie längst nicht mehr bedürftig sind. Aufgrund des unflexiblen Mietrechts sind diese Wohnungen für die jüngere Generation nicht verfügbar. Daher stellt sich beim Thema Wohnen vor allem die Frage, wie Wohnen für alle Bürger\_innen leistbar gemacht werden kann. Die große Herausforderung in diesem Bereich besteht darin, Bürger\_innen zu entlasten, aber vor allem Wohnkosten – insbesondere auch Wohnnebenkosten – nicht durch politische Eingriffe teurer zu machen, als sie sein müssten. Die Kosten im Bereich Wohnen sind in den letzten Jahren stärker gestiegen

als die Einkommen. Die Politik hat somit Handlungsbedarf. Mehr Wohnungen müssen auf den Markt kommen. Gleichzeitig hat der Staat auch eine ökologische und solidarische Verantwortung und muss beim Thema Wohnen andere Komponenten, wie Flächenversiegelung, Energiebilanz und soziale Aspekte mitdenken.

### Lösungen

#### **Niedrigere Steuern und ein einfacheres und verständliches Abgabensystem**

Steuern und Abgaben sollen als gerecht empfunden werden, um einerseits Leistungsanreize zu geben, andererseits um Abgabenhinterziehung zu stoppen. Sie sollen einfach und transparent sein, sodass der Verwaltungsaufwand für alle Seiten möglichst gering ist und die Bürger\_innen sehen, was ihnen wofür abgezogen wird. Wir entlasten alle Steuerzahler\_innen, die in unser System einzahlen, damit sich Leistung wieder lohnt. Wenn wir diese Reformen sofort umsetzen, senken wir die Abgabenquote innerhalb von fünf Jahren auf unter 40%. Dies beinhaltet sowohl die drastische Senkung der Lohnnebenkosten als auch der Einkommenssteuer.

Durch unser von unabhängigen Expert\_innen erstelltes Reformkonzept vereinfachen wir das Steuersystem, geben den Gemeinden und Ländern mehr Verantwortung und beenden die jährliche Erhöhung der Staatsverschuldung. Wir entlasten Österreich und investieren wieder mehr in Bildung und Infrastruktur.

#### **Ausgaben- und Verwaltungsreform mit Steuerautonomie**

Um Einnahmen- und Ausgabenverantwortung stärker zu verbinden, sollen Länder und Gemeinden spezifische Zuschläge auf die Einkommenssteuertarife eigenverantwortlich festlegen können (Länder 5%, Gemeinden 6%). Damit erhalten wir Gemeinden, die unabhängiger von ihren Landeshauptleuten sind und verantwortungsbewusster mit den Einnahmen ihrer Bürger\_innen umgehen. Selbst, wenn Länder und Gemeinden den maximal zulässigen Prozentsatz an Steuern einheben, bleibt der Gesamtsteuersatz dank der Tarifreform durch NEOS deutlich unter der aktuellen Höhe.

#### **Kalte Progression abschaffen**

Die kalte Progression bezeichnet eine versteckte, jährliche Steuererhöhung. Sie entsteht, weil die Einkommen zwar Jahr für Jahr steigen, die Steuerstufen aber nicht an die Inflation angepasst werden. Somit rücken Arbeitnehmer\_innen durch Lohnsteigerungen in höhere Steuerklassen vor, auch wenn ihr Einkommen real (also abzüglich Inflation) nicht notwendigerweise an Kaufkraft gewinnt. Statt alle fünf Jahre „die größte Steuerreform aller Zeiten“ zu feiern, wollen wir die Arbeitnehmer\_innen nachhaltig entlasten!

#### **Schuldenbremse im Verfassungsrang**

Die Abgabenquote würde allein dadurch sinken, wenn die Staatsausgaben jährlich nicht über die Inflation hinauswachsen würden. Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten, muss das Ziel sein. Eine Schuldenbremse im Verfassungsrang soll ein ausgeglichenes Budget über eine Konjunkturphase herstellen. Die Effektivität der Fiskalregeln soll von einer unabhängigen Institution, wie z.B. dem Fiskalrat, überwacht werden.

Durch diese Verfassungsregelung wird der Bund zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet.

#### **Ökologisierung des Steuersystems**

Steuern müssen steuern. Damit die wirtschaftsfreundliche Ökologisierung des Steuersystems gelingt, fordern wir die europaweite Einführung einer aufkommensneutralen CO<sub>2</sub>-Steuer. Diese ist der effizienteste Weg, um die für das Klima schädliche Emission von Treibhausgasen zu verringern. Eine Ökologisierung des Steuersystems, bei der die Verursacher\_innen von Klimaschäden für deren Beseitigung oder Verringerung in die Pflicht genommen werden, schafft starke Anreize zu klimafreundlichen Innovationen.

Eine CO<sub>2</sub>-Steuer muss dabei schrittweise eingeführt werden, damit die Konsument\_innen und Industrie sich an die Ökologisierung des Steuersystems anpassen können. Außerdem muss sie aufkommensneutral gestaltet sein, um die Gesamtsteuerbelastung nicht zusätzlich zu erhöhen. Um die soziale Verträglichkeit einer CO<sub>2</sub>-Steuer zu gewährleisten, sollten die daraus entstehenden Einnahmen zur

Entlastung des Faktors Arbeit, insbesondere bei niedrigeren Einkommen, genutzt werden. Damit eine CO2-Steuer nicht die heimische Wettbewerbsfähigkeit schwächt und zu einer reinen Abwanderung von Treibhausgasen ins Ausland führt, muss auch ein CO2- Grenzausgleich eingeführt werden.

### **Freihandel faktenbasiert diskutieren**

Handelsbeschränkungen in Form von Zöllen, aber auch in Form von Standards und Regulierungen verschaffen einigen wenigen Einheimischen Vorteile gegenüber anderen „Fremden“. Gerade die Gruppen, die am besten organisiert sind, nutzen ihren politischen Einfluss (z.B. Bauernbund in ÖVP; manche staatsnahe Konzerne in der SPÖ), um sich vor der Konkurrenz jenseits der Grenzen zu schützen. Transparente Abkommen mit effektiven Schlichtungsverfahren sind die einzige Antwort auf die Willkür unberechenbarer politischer Führungspersonlichkeiten, die Gefahr von Handelskriegen und sie ermöglichen jedem Marktteilnehmer die gleichen Möglichkeiten und Chancen. Wir setzen uns daher für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen und

die regelkonforme Implementierung bereits abgeschlossener Verträge ein. Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um solche Abkommen von einer polarisierten Angstdebatte zurück zu einem faktenbasierten politischen Diskurs führen.

### **Transparenter Lohnzettel**

Eine genaue Aufschlüsselung der gesamten Abgaben, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge soll klar machen, wie viel die Menschen leisten und zum Gelingen des Sozialstaates beitragen. Auf dem Lohnzettel soll auch jener Teil der Abgaben ausgewiesen werden, den die Arbeitgeber\_innen direkt an den Staat zahlen. Um sich ein Urteil darüber bilden zu können, wie hoch die eigenen Steuern und Abgaben sind, muss man wissen, welche Beiträge konkret abgeführt werden. Denn Transparenz schafft Bewusstsein.

### **Steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital**

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, ist eine Verbesserung bei der Finanzierung abseits von Bankkrediten nötig. Die Bevorzugung von Fremdkapital, durch die steuerliche

Absetzbarkeit von Zinszahlungen führt dazu, dass mit Eigenkapital Investitionen unattraktiv sind. Neben der steuerlichen Gleichsetzung von Eigen- und Fremdkapital sind auch Liberalisierungen der Abschreibungsdauer von Betriebsanlagen zwingend notwendig, um für einen Investitionschub in Österreich zu sorgen.

### **Klassenunterschiede abschaffen: Arbeiter\_innen und Angestellte vollständig angleichen und Beamtenprivilegien abschaffen**

Nach wie vor wurden nicht alle Unterschiede zwischen Arbeiter\_innen und Angestellten abgeschafft. Unterschiede gibt es de facto nur noch, was die Entlassungsgründe, den sozialen Status und die Betriebsrät\_innen angeht. Dieses Zwei-Klassensystem muss endlich vollständig abgeschafft werden, indem es einen einheitlichen Arbeitnehmer\_innenbegriff gibt. Außerdem sollen das öffentliche Dienstrecht und das Arbeitsrecht angeglichen werden. Es kann nicht sein, dass immer neue Privilegien für Beamte\_innen geschaffen werden (zum Beispiel: bezahlte Mittagspause, Rechtsanspruch auf Papa-Monat

für Beamte) von denen alle anderen Arbeitnehmer\_innen nicht profitieren.

### **Flexible neue Arbeitswelt: Die betriebliche Ebene stärken**

Mitarbeiter\_innen und Unternehmer\_innen wissen häufig selbst am besten, welche Rahmenbedingungen sie brauchen, um optimal und zur Zufriedenheit aller arbeiten zu können - insbesondere was Arbeitszeiten, Ladenöffnungszeiten und Arbeitsbedingungen angeht. Durch eine Stärkung von Betriebsvereinbarungen gelingt es, maßgeschneiderte Lösungen zu schaffen, die auch wirklich den Bedürfnissen aller entsprechen. Kollektivverträge sollen dafür einen Rahmen vorgeben - aber nicht zum Hemmschuh von positiver Weiterentwicklung werden.

### **Fit für den Arbeitsmarkt der Zukunft: das Weiterbildungskonto**

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind unumstritten von besonderer Bedeutung, um langfristige Erwerbschancen zu steigern und zu sichern. Ausreichende (Weiter-) Qualifizierungsmöglichkeiten sind der

Schlüssel für gesicherte Chancen am Arbeitsmarkt.

### **Arbeitsbedingungen zur Erhaltung der Gesundheit und Zufriedenheit**

Um Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, die zu einem gesünderen, zufriedenstellenden und längeren Erwerbsleben führen, ist es notwendig, regelmäßige, arbeitsmedizinische Untersuchungen (jährliche Vorsorgeuntersuchung) zu ermöglichen. Frühzeitige Prävention und Rehabilitation sollen forciert und gefördert werden.

### **Fachkräfte willkommen heißen**

Wir brauchen eine österreichische Einwanderungsstrategie. Qualifizierte Fachkräfte sollen mittels Onlineplattform rekrutiert werden, bürokratische Hürden abgebaut und Verfahrensdauern verkürzt werden. (Mehr dazu im Kapitel „Migration“)

### **Sozialpartnerschaft in die Gegenwart holen**

Wir müssen die Sozialpartnerschaft ins 21. Jahrhundert führen und fordern die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft. Denn starke Kammern

brauchen keinen Zwang – sie müssen durch ihre Leistung überzeugen! Wir wollen daher Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, etc. (sämtliche Kammern mit gesetzlicher Zwangsmitgliedschaft) in bedarfsorientierte und schlanke Interessensvertretungen umwandeln, die ihren Service gegen freiwillige Bezahlung anbieten.

### **Bürokratieabbau und Deregulierung der Wirtschaft**

Um die Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft zu halten und noch weiter steigern zu können, muss die Politik entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, die den vielen Unternehmen ein geeignetes Umfeld und einen attraktiven Standort bieten. Wir fordern daher die gesetzliche Verankerung eines ständigen Ausschusses für Deregulierung, der ein permanentes Monitoring des Bürokratieaufwands ermöglicht. Zudem braucht es eine Expert\_innengruppe, die alle Gesetze auf Bürokratiekosten hin überprüft und bei neuen Gesetzen automatisch in die Ressortabstimmung miteinbezogen wird.

### **Modernes Gewerberecht**

Es braucht eine moderne Gewerbeordnung, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Ein One-Stop-Shop-Konzept für alle Themen „rund ums Gewerbe“ (Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuernummer und Firmenbucheintragung, etc.) sowie eine Verschlinkung und Harmonisierung aller damit in Zusammenhang stehenden Gesetze. Eine Beschränkung des Gewerbezwangs soll nur mehr für jene Branchen gelten, in denen die Bereiche Gesundheit, Leben, Bankwesen und Sicherheit betroffen sind.

### **Sozialversicherung neu denken**

Eine Sozialversicherung für alle und damit Effizienzsteigerungen nützen: Mehrfache Organisationsstrukturen im Bereich der Verwaltung, Koordination und Verhandlungsorganisation langfristig beseitigen und Gerechtigkeit für alle Versicherten schaffen. Die langfristige Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger muss das Ziel sein. Die Praxis der Krankenkassen in puncto Umqualifizierungen würde sich durch eine Zusammenlegung von allein lösen. Auf Seiten der Sozialversicherung wäre in vielen

Fällen mehr Verständnis beim Umgang mit den Unternehmen gefordert. Neben der Senkung der Verzugszinsen in der Sozialversicherung ist auch mehr Rechtssicherheit für Selbstständige einzufordern. Klare Regeln in der Handhabung von Umqualifizierungen von Selbstständigen zu Unselbstständigen wären essenziell, um Rechtssicherheit für Ein-Personen-Unternehmen zu schaffen.

### **Start-ups: Nährboden für Innovation legen**

Innovation entsteht heute größtenteils in jungen Unternehmen. Anders als viele Großunternehmen können sie schnell auf neue Gegebenheiten reagieren. Die Start-Up-Kultur mit ihrer offenen und flexiblen Struktur kleiner Teams bietet ambitionierten Talenten den richtigen Rahmen, um Innovationen zu schaffen. Um die Anreize für Investitionen in Start-Ups auch für Private zu steigern, bietet sich die Schaffung eines Realwirtschaftsinvestitionsfreibetrags und die Möglichkeit eines Steuernachlasses von 50% des Investments bis zu einer Höhe von 100.000 Euro an. Darüber hinaus braucht es One-Stop-Shops in Fragen von Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuer-

nummer und Firmenbucheintragung möglichst nahe am Standort. Durch die Einrichtung einer zentralen Stelle für unkomplizierte Gründungen mit Standardverträgen kann für EPU's und GmbHs viel erleichtert werden.

### **Wirtschaftswachstum neu messen**

Wir stehen für neue Maßeinheiten zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs von alternativen Kennzahlen zur Messung des Wohlstandes. Alternative zusätzliche Indikatoren umfassen beispielsweise Daten zu Gesundheit, Bildung und Zufriedenheit. Damit können wir Wohlstand und Lebensqualität besser abbilden. Wir fordern daher, dass entsprechende Parameter als Beilage zum BIP in den entsprechenden Länderberichten der EU-Kommission stärker zum Ausdruck kommen.

### **Finanzkompetenz von Jung und Alt stärken**

Im Finanz- und Versicherungsmarkt hat sich die Angebotsvielfalt massiv erhöht und auch die Verfügbarkeit von Dienstleistungen nimmt immer weiter zu. Für ungeschulte Konsument\_innen wird es immer schwerer,

komplexe Finanzvorgänge, Produkte und Services nachzuvollziehen und den Überblick über Kosten/Nutzen/Leistung zu bewahren. Mangelndes Verständnis beim Umgang mit Finanzen wirkt sich nicht nur negativ auf unsere Gesellschaft, den Sozialstaat und die Volkswirtschaft, sondern auch auf die ganz persönliche Freiheit der Menschen aus. Konsumentenschutzbestimmungen geben den Menschen zwar ein gewisses Sicherheitsnetz, allerdings belasten überzogene Bestimmungen Kreditinstitute und bevormunden die Konsument\_innen. Wir NEOS sind der Ansicht, dass eine nachhaltige Investition in die Finanzkompetenz der Bürger\_innen dazu führt, dass diese mündige finanzielle Entscheidungen treffen. Im Spannungsfeld zwischen Eigenverantwortung und Konsumentenschutz sehen wir daher großen Bedarf an einer besseren Finanzbildung. Wir fordern daher eine nennenswerte Investition in Finanzbildung für Jugendliche und Erwachsene, um Konsument\_innen zu ermächtigen.

### **Erfolg teilen: Mitarbeiter\_innenbeteiligung erleichtern**

Eine Erleichterung der Beteiligung von Mitarbeiter\_innen, die in weiterer Folge auch bei GmbHs durch die einfachere Übertragbarkeit von Anteilen sichergestellt werden sollte, fördert unternehmerisches Denken und damit die Stabilität von Unternehmen. Letztlich schafft sie auch Arbeitsplatzsicherheit. Durch einen Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung von bis zu einem Sechstel des Bruttojahresbezugs zzgl. Dienstgeberanteil wird es attraktiver, sich am Erfolg ihrer Unternehmen zu beteiligen.

### **Einkommensmonitoring im sozialen Wohnbau**

Im sozialen Wohnbau wohnen immer mehr Menschen, die aufgrund eines guten Einkommens keine geförderten Wohnungen benötigen. Sozialer Wohnbau hat aber nicht die Funktion über Steuermittel privilegiertes Wohnen zu ermöglichen. Vielmehr sollte der Solidaritätsgedanke im Mittelpunkt stehen. Wer sich mehr leisten kann, soll entsprechend Miete zahlen. Diese Anpassung funktioniert bei jeweils entsprechendem Nachweis natürlich auch in die Gegenrichtung. Zu

erwartende Mehreinnahmen würden zweckgewidmet die Reinvestition in neue Wohnbauprojekte und fällige Sanierungen ermöglichen. Eine weitere wichtige Maßnahme wäre z.B. die Einschränkung von Eintrittsrechten, um das Phänomen des so genannten „Mietadels“ zu unterbinden.

### **Mietrecht modernisieren**

Mietrechtliche Regelungen müssen Vorteile und Lasten fair zwischen Vermieter\_innen und Mieter\_innen aufteilen. Diese Verteilung muss klar und transparent geregelt werden. Die derzeitigen Regulierungen in Österreich sind im Ländervergleich besonders kompliziert. Langfristig muss das Mietrecht so konzipiert sein, dass es leicht verständlich ist und damit zur Rechtssicherheit der Anwender\_innen beiträgt.

### **Eigentumserwerb ermöglichen**

NEOS verstehen den Erwerb von Eigentum zu Wohnzwecken als erstrebenswert im Sinne der sozialen Sicherheit und der Schaffung von langfristigem Wohlstand. Die politischen Rahmenbedingungen (Steuerrecht, Normen, Bauvorschriften usw.) haben sich daher am Ziel des leistbaren Woh-



nens auszurichten. Die Streichung der Grundbuchgebühr und das Bestellerprinzip bei Maklergebühren würden den Eigentumserwerb verbilligen und erleichtern. Für bessere Investitionsbedingungen kann eine Erhöhung der linearen Abschreibung von 1,5% auf 3%, oder die Möglichkeit der degressiven Abschreibung sowie eine zeitlich begrenzte Sonderabschreibung in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten sorgen. Die Länder sollten auf weitere Erhöhungen der Grunderwerbsteuer verzichten. Für Eigenbedarf könnte die Grunderwerbsteuer entfallen.

### ***Wohnbauförderung anpassen***

Alle Arbeitnehmer\_innen zahlen derzeit 0,5% ihres Einkommens als Wohnbauförderungsbeitrag. Weitere 0,5% steuern die Arbeitgeber\_innen bei. Das macht insgesamt fast 3 Mrd Euro, die in den Budgets der Länder versickern oder verspekuliert werden, anstatt leistbares Wohnen für sozial Bedürftige zu ermöglichen. Diese Gelder müssen endlich zweckgewidmet werden.

### ***Bauprozesse entbürokratisieren***

Für bauliche Prototypen sollte es standardisierte Baugenehmigungen geben. Die Anzahl der zu berücksichtigenden DIN-Normen/-Anforderungen ist zu reduzieren. Das Normungswesen sollte insgesamt einer Revision unterzogen werden und Kostenaspekte stärker berücksichtigen.

### ***Schaffung von Wohnraum erleichtern***

Im Endeffekt wird die Summe dieser Ansätze dazu beitragen, Wohnen zu vergünstigen. Mehr Angebot erzielt eine preisdämpfende Wirkung. Zweckwidmung der WBF-Gelder, Baulandmobilisierung (Konversion, Baulücken und Entwicklung statt Zersiedelung), steuerliche Maßnahmen (z.B. degressive Abschreibung), Lockerung der Regularien (Stellplatzverpflichtung, ...) wirken dabei zusammen. Der Rechtsrahmen muss Neubau attraktiv machen (Interessenausgleich zwischen Eigentümer\_innen/Mieter\_innen im MRG), während bezüglich des Bestands Potential zur Verbesserung besteht (Einkommensmonitoring im geförderten Wohnbau, Reduktion der Eintrittsrechte („Mietadel“), Prüfen des Förderungsprinzips).

### ***Ökologische Aspekte attraktivieren***

Die ökologische Komponente nimmt an Wichtigkeit zu. Hier braucht es Anreize, um Sanierungen und Investitionen interessant zu machen. Im WEG fehlt z.B. die Flexibilisierung der Willensbildung (Beschluss von Sanierungsvorhaben bei qualifizierter Mehrheit der Abstimmenden). Im MRG muss der/die Eigentümer\_in eine Sanierungsmaßnahme, wenn sie Betriebskosten senkt, in diesem Maß auch gleich auf den Mietzins umlegen können. So lange der/die Eigentümer\_in auf den Sanierungskosten sitzen bleibt, wird er/sie Sanierungen vermeiden. Zusätzlich werden unsere Vorschläge des Einkommensmonitorings und der zweckgewidmeten Wohnbauförderung Mitteln frei machen, um die in Österreich stiefmütterlich vernachlässigte Sanierungsquote anzuheben.

## **MODERNES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch Digitalisierung,  
raus aus der Angst  
vor Fortschritt  
und Technik*

**MODERNES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
DIGITALISIERUNG, RAUS AUS  
DER ANGST VOR FORTSCHRITT  
UND TECHNIK**

**Herausforderungen**

Die Digitalisierung ist ein ständig fortschreitender Transformationsprozess, der fast alle Bereiche sowie die Gesellschaft nachhaltig verändert. Angesichts der enormen Anzahl neuer, teils disruptiver Technologien am Horizont, ist es nicht immer vorhersehbar, wohin die Reise im Detail gehen wird. Klar ist jedoch, dass Österreich durch die Digitalisierung und den damit einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten Wohlstand und Lebensqualität steigern kann. Damit Österreich diese Chancen als Vorreiter nutzt, ist eine übergeordnete Strategie notwendig.

Der Alltag der Menschen wird immer stärker von digitalen Technologien bestimmt. Die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten werden immer vielfältiger, einfacher und kostengünstiger. Zahlreiche (Daten-) Skandale um Facebook, Amazon und anderen haben in den letzten Jahren das Vertrauen in neue Technologien

und diejenigen, die sie entwickeln, erschüttert. In vielen Bereichen herrschen außerdem nach wie vor Rechtsunsicherheit und Durchsetzungsdefizite von geltendem Recht. Hier haben sich einige große Unternehmen unfaire Vorteile verschafft oder agieren in nahezu rechtsfreien Räumen, während kleinere, innovative Projekte oft an der bestehenden Rechtsunsicherheit scheitern. Die Politik steht oft wie gelähmt daneben und schafft es nicht, Antworten auf gegenwärtige und zukünftige regulatorische Herausforderungen zu finden. Das Recht muss online wie offline gelten, klar und nachvollziehbar sein, sowie angemessen durchgesetzt werden. Das betrifft sowohl die großen Plattformen als auch neue Technologien und disruptive Dienste.

Die Digitalisierung hat auch die Medienlandschaft nachhaltig verändert. Während klassische Medien, wie Fernsehen und Zeitungen, immer weniger Konsument\_innen finden, haben Onlinemedien und die Verbreitung von Inhalten über Plattformen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Die gezielte Verbreitung von Desinformation und Hass im Netz sind zu einer regelrechten Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaat gewor-

den. Damit die Meinungsfreiheit online wie offline gewahrt bleibt, kommt dem Staat eine wichtige Aufgabe und Verantwortung zu.

Die Unabhängigkeit der Medien und die Freiheit des Internets ist allerdings auch durch zahlreiche aktuelle Entwicklungen gefährdet. Dies spiegelt sich auch im aktuellen Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen wider, in dem Österreich um fünf Plätze auf den 16. Platz zurückgefallen ist. Die heimische Politik ist in den vergangenen Jahren vor allem durch Verbalattacken auf Journalist\_innen, Ministererlässe gegen kritische Medien und Millionen Euro für Regierungsinserate aufgefallen. Durch Initiativen wie dem Digitalen Vermummungsverbot oder dem Durchpeitschen der Copyright-Richtlinie auf europäischer Ebene hat die Regierung außerdem bewiesen, dass sie keine Ahnung hat, wie das Internet funktioniert. Dabei braucht es mehr denn je eine pro-aktive und progressive Medien- und Netzpolitik, neue Förderungs- und Regulierungsmodelle, die den Herausforderungen der Digitalisierung Rechnung tragen.

Die Kulturnation Österreich leidet seit Jahren unter Kulturminister\_in-

nen, denen eine sinnvolle Kulturpolitik nur ein sehr geringes Anliegen war. Es fehlen uns Persönlichkeiten, die mit mutigen Entscheidungen die richtigen Reformen anstoßen und die Digitalisierung in der Kulturbranche aktiv gestalten. Vielmehr ist dieses Ressort immer nur Beiwerk und Nebenbeschäftigung. Das muss sich ändern. Kunst und Kultur sind wichtige Spiegel für eine Gesellschaft, die über die eigenen Regeln und verschiedenste Themen nachdenken will. Es fehlt der Kulturnation Österreich seit Jahrzehnten eine sinnvolle Vision. Von einer Kunst- und Kulturstrategie ist auch im letzten Regierungsprogramm die Rede gewesen, doch gemacht wurde fast nichts.

Das überladene föderale System in Österreich hat im Bereich der Kunst- und Kulturförderung ein System von Doppelgleisigkeiten und Intransparenz geschaffen. Gleiches und Ähnliches wird gleich und gleichzeitig gefördert. Hier fordern wir mehr Transparenz und Professionalität zu Gunsten von Kunstschaffenden und Steuerzahler\_innen.

## Lösungen

### DIGITALISIERUNG UND MEDIEN

#### *Freiheit der Presse und des Internets ist nicht verhandelbar*

Wir brauchen ein Update für die heimische Medien- und Netzpolitik! Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss gewahrt und verteidigt werden. Der Staat hat die Pflicht, dort zu intervenieren, wo die öffentliche Aufgabe und Verantwortung der Medien gefährdet sind.

#### *Die Grundrechte müssen gewahrt werden*

Bei der Durchsetzung von geltendem Recht und Schaffung neuer Regulierungen müssen die Grundrechte einer/s jeden Einzelnen gewahrt werden (z.B. Datenschutz, Privatsphäre, Meinungsfreiheit). Neue Regulierungen sind im Idealfall so beschaffen, dass sie vorausschauend, technologie-neutral und ausreichend flexibel gestaltet sind, um Innovation nicht zu unterbinden. Transparenz, Fairness und Verantwortungsbereitschaft großer Unternehmen und neuer Technologien müssen im Zentrum stehen. Die Einhaltung von Grundrechten

und moralischen Prinzipien müssen bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien wie etwa Künstlicher Intelligenz, Algorithmen oder „Automated Decision Making Tools“ in jedem Fall garantiert werden.

#### *Daten sind im digitalen Zeitalter der wichtigste Rohstoff*

Es braucht den Mut, geschlossene Systeme ab einer gewissen Größe zu öffnen, um unfairen Wettbewerb entgegenzutreten. Der Datenreichtum von Facebook, Google, Amazon etc. verschafft diesen Unternehmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil im Bereich AI, ADT und Algorithmen. Denn die Entwicklung und Innovation in diesem Bereich wird vor allem durch die Verarbeitung von großen Datenmengen gespeist. Die neuen, europaweiten Regeln für den Schutz von persönlichen und nicht persönlichen Daten sind selbstverständlich anzuwenden. Zusätzlich braucht es neue Interoperabilitätsstandards im Datenverkehr, z.B. für Messenger-Dienste, damit Daten einfach und schnell von einem ins andere System übertragen werden können.

### Digitale Infrastruktur ausbauen

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur soll Innovationen in allen Regionen fördern. Im nächsten Budget soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit alle Regionen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren, braucht es eine flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz Österreich.

#### *Vorausschauende Regulierungen für disruptive Technologien*

Es braucht eine gesamteuropäische Initiative für die vorausschauende Regulierung disruptiver Technologien. Nur so können wir das volle Innovationspotential nutzen und möglichst gute Rahmenbedingungen für Investor\_innen und Forscher\_innen schaffen. Dazu sollen auf europäischer Ebene so schnell wie möglich sogenannte regulatory sandboxes geschaffen werden, in denen Unternehmen und Politik gemeinsam Erfahrungen mit neuen Technologien sammeln können. Regulierungen müssen flexibel genug gestaltet wer-

den, dass sie auf möglichst viele Technologien effektiv angewendet werden können und nicht bereits vom technologischen Fortschritt überholt worden sind, wenn sie in Kraft treten.

#### *Fortschritt durch künstliche Intelligenz (KI)*

Wir fordern eine bessere Koordination und das Teilen von Best-Practices beim Thema KI, insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung von Talenten, Zukunft der Arbeit, Industrie und Verwaltung, Inklusion, Ethik, Daten und digitale Infrastruktur. KI macht unser Leben bereits jetzt leichter. Mit den richtigen Richtlinien können wir auf eine Zukunft mit KI-Systemen hinarbeiten, von der alle profitieren.

#### *Flächendeckendes E-Government*

Wir fordern eine rasche und flächendeckende Umstellung der Verwaltung auf E-Government, damit sich Bürger\_innen unnötige Amtswege ersparen und die Verwaltungskosten gesenkt werden. Für Bürger\_innenbeteiligung sollen einfache, transparente und sichere Methoden geschaffen werden, um etwa das Unterstützen

von Volksbegehren oder Kandidaturen für politische Ämter zu erleichtern. Um dem Informationsgefälle zwischen Staat und Bürger\_innen zu begegnen, sind umfassende Transparenzregelungen und ein Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Hamburger Muster mit einer unabhängigen Beschwerdestelle zu schaffen.

### **Digitale Kompetenz schaffen**

Schüler\_innen und Lehrer\_innen brauchen Digitale Kompetenzen, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Dazu gehört nicht nur die technische, sondern auch die inhaltliche Kompetenz, Medien zu nutzen. Der kritische Umgang mit Technologie und Information ist ein wichtiges Rüstzeug für die Informationsgesellschaft. Benötigt werden konkrete Kenntnisse im IT-Bereich und Basiswissen im Programmieren, sowie freier Zugang (Open Access) zu Lehrinhalten, um das staatliche Bildungsangebot auch einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

### **Medienförderung neu**

Wir fordern eine Reform und Erhöhung der Presseförderung hin zu einer Medienförderung, die neben Print-

auch Onlinemedien fördert, sowie die Entwicklung und Anwendung neuer, innovativer Technologien in diesem Bereich. Es geht darum, Qualität zu fördern und neue Spielräume für den Journalismus zu schaffen, damit dieser seiner demokratiepolitischen Informations- und Kontrollfunktion nachkommen kann. Wir müssen uns eine treffsichere und innovative Medienförderung leisten. Denn Korruption und Freunderlwirtschaft kosten hundertmal mehr, wenn sie nicht aufgedeckt werden.

### **Sündhaft teure Inserate der öffentlichen Hand reduzieren**

Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Inserate steigen von Jahr zu Jahr. Die nötige Transparenz in diesem Bereich gibt es leider immer noch nicht. Wir fordern eine Ausweitung der Bekanntgabe- und Meldepflichten (Aufträge unter 5.000 Euro, Rabatte) und eine verstärkte Kontrolle des „konkreten Informationsbedürfnisses“. Außerdem wäre im Sinne der Sparsamkeit, Effizienz und Transparenz anzudenken, die Inserate der einzelnen Ressorts basierend auf Schalt- und Kommunikationsplänen von einer zentralen Stelle (etwa wie in Deutschland der Bundespressdienst)

schalten zu lassen. So können Inserate besser koordiniert und Rabatte ausverhandelt werden. Nicht zuletzt sollte es gerade in Wahlkampfzeiten Beschränkungen bzw. genaue Regeln für Inserate der öffentlichen Hand geben. 2017 war hier eine fragwürdige Steigerung zu beobachten.

### **Starker, unabhängiger ORF**

Gerade in einem kleinen Land wie Österreich mit einem großen gleichsprachigen Nachbarn kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wesentliche Rolle für die Meinungsbildung in einem demokratischen System zu. Daher braucht es einen starken und unabhängigen ORF, der sich darauf konzentriert, Inhalte mit gesellschaftlichem Mehrwert zu produzieren und bereitzustellen. Der Einfluss der Politik wird durch die Reform der Gremien stark reduziert und ein transparenter Umgang mit den öffentlichen Geldern durch eine neu aufgestellte Struktur sichergestellt.

## **Kunst und Kultur**

### **Kunst- und Kulturförderungen transparenter machen**

Bei der Vergabe braucht es effektive und professionelle Strukturen. Das grundsätzlich sehr sinnvolle Beiratsystem muss entpolitisiert werden. Wir müssen die Frage stellen, wo Förderungen Sinn machen und welche Bereiche selbstständig funktionieren müssen. Wir fordern, dass Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern abgeschafft werden. Zusätzlich braucht es eine Bundeskulturstiftung, die ein neues Vergabewesen etabliert.

### **Kunst- und Kulturförderung valorisieren**

Da die jährliche Kunst- und Kulturförderung selten bis nie an die Inflation angepasst wird, führen gleichbleibende Fördersummen zu einer realen Förderminderung. Wir fordern deshalb, dass die Förderungen jährlich um die Inflationsrate automatisch erhöht werden.

## ***Vision für die Kulturnation Österreich***

Wir brauchen wieder eine klare Vision für die Zukunft unserer Kulturnation. Das Verkaufen der reichen Tradition und die damit verbundene Wichtigkeit für den Tourismus sind zu wenig. Wir fordern eine ernstzunehmende, ausgearbeitete Kunst- und Kulturstrategie, die die Gedanken von Kulturschaffenden und Interessensvertretungen einschließt und die für die nächsten Jahrzehnte das Programm vorgibt.

## ***Strategie für die Bundesmuseen***

Die Bundesmuseen brauchen klare Zuständigkeiten und langfristige Pläne, die untereinander abgestimmt sind. Die Direktor\_innenkonferenz soll zu einer sinnvollen Abstimmung zwischen den Häusern führen. Ohne Koordinierung wird weiterhin jedes Museum sein eigenes Programm durchziehen, um für sich selbst die besten Ergebnisse zu erzielen. Deshalb brauchen wir eine Reform, die klare Zuständigkeiten und Abgrenzungen schafft.

## **GEMEINSAMES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
für ein gutes  
Zusammenleben  
durch Respekt  
und klare Regeln*

**GEMEINSAMES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN FÜR EIN  
GUTES ZUSAMMENLEBEN  
DURCH RESPEKT  
UND KLARE REGELN**

**Herausforderungen**

In den letzten Jahren sehen wir einen verstärkten politischen Einfluss von Gruppen, die in ihrem Wirken auf gesellschaftliche Konflikte und Missstände angewiesen sind. Die Spaltung und Herausbildung von Gegensätzen sind das Fundament ihres Erfolges. Daraus schlagen sie politisches Kapital. Dies hat zu einem gesellschaftlichen Klima geführt, in dem sogar bereits integrierte Bürger\_innen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Gleichzeitig werden problematische Entwicklungen in der Integrationspolitik totgeschwiegen.

Österreich ist ein Land mit Zuwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt. Es gibt daher auch viele Bereiche, in denen wir Herausforderungen im Integrationsbereich zu meistern haben. Fehlender politischer Gestaltungswille und Versäumnisse in der Vergangenheit haben zu einem kostspieligen Reparaturbetrieb und verpassten Chancen für die Betroffenen geführt.

Das wollen und können wir uns nicht mehr leisten. In einer oft überhitzt geführten politischen Debatte über Integration braucht es daher klar definierte Grundhaltungen und eine aktive Politik. Anstatt politisches Kleingeld aus Problembeschreibungen zu schlagen, sind wir bereit Verantwortung mit Weitblick und Sachverstand zu übernehmen.

Es gibt große Schwierigkeiten bei der Regelung der legalen Arbeitsmigration nach Europa. Jedes Jahr gelangen doppelt so viele Arbeitsmigrant\_innen, Saisonarbeiter\_innen, Student\_innen, Wissenschaftler\_innen und Personen, die durch Familienzusammenführung einreisen, legal in die Europäische Union wie irreguläre Migrant\_innen. Die EU erreicht laut OECD nach wie vor nicht annähernd ihr volles Potenzial, qualifizierte Fachkräfte anzuziehen, die Europa dringend benötigt. Eine funktionierende Steuerung der Arbeitsmigration, die sich am Bedarf für Fachkräfte orientiert, konnte bislang weder auf EU- noch auf nationaler Ebene organisiert werden. Reformen für die Blue Card scheitern bisher an den EU-Mitgliedstaaten.

Ganz Europa und so auch Österreich stand in den letzten Jahren durch Flucht- und Migrationsbewegungen vermehrt unter Druck. Die EU-Mitgliedstaaten reagierten mit unkoordinierten Einzelmaßnahmen statt mit einer gemeinsamen europäischen Strategie. Personen, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa wollten, mischten sich mit Schutzsuchenden aus Krisengebieten und stellten Asylanträge in europäischen Staaten. Die Verfahren zur Prüfung dieser Anträge dauern nach wie vor zu lange und es gibt immer noch mit nur sehr wenigen der Top-Herkunftsstaaten dieser Menschen verlässliche Rücknahmeabkommen. Das macht es im Falle einer Ablehnung eines Asylantrages schwer, Menschen dorthin zurückzuschicken.

Die Europäische Union braucht eine Asyl- und Migrationspolitik, die nachhaltig ist und rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie menschenrechtlichen Vorgaben gerecht wird. Nicht jede\_r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt nach Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln dafür. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb der Europäischen Union für Unionsbürger\_innen zu garantieren.

Unkontrollierte Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen verhindert werden.

**Lösungen**

**Integrationsbereitschaft als Kernanforderung**

Die Zuwander\_innen müssen die Bereitschaft mitbringen, sich in eine persönlich unbekannte Umgebung einzuleben und eigenverantwortlich, selbstbestimmt und gemeinsam mit ihrem Umfeld den Alltag bestmöglich zu bewerkstelligen. Gleichzeitig braucht Integrationspolitik auch die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft: Wenn sie nicht in der Lage ist, gemeinsame gesellschaftliche Spielregeln aufzustellen und für deren Einhaltung zu sorgen, werden die Fehler der Vergangenheit wiederholt. Integration ist kein einzelner Schritt, den ein Mensch einmal setzt, und kein unendlicher Prozess; es ist aber ein längerer Prozess. Daher stehen die politischen Rahmenbedingungen, wie wir Integration gestalten, im Zentrum. Integrationspolitik ist aus Sicht von NEOS für alle verbindlich und soll die Zugewanderten aktivieren, eigene Schritte zu setzen.



### ***Klare Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeinde- bzw. Städteebene aufbauen***

Wir fordern ein umfassendes Integrationsgesetz, das Zuständigkeiten und Kompetenzen auf allen Ebenen definiert. Gegenwärtig gibt es Strukturen in Ansätzen. Sie dienen jedoch häufig nur dem Schein und leisten kaum das, was sie vorgeben. Auf der Bundesebene braucht es ein eigenes Integrationsministerium mit starken Kompetenzstellen in allen relevanten Ministerien, die in einem Netzwerk zusammenarbeiten. Dieses bindet sowohl Zivilgesellschaft als auch Wissenschaft ein.

### ***Einheitliches und verständliches Integrationsgesetz***

Der völlig unübersichtliche und sich zum Teil widersprechende Gesetzesdschungel muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass wegen der vielen Spezial- und Sondergesetzgebungen selbst Expert\_innen das Ganze nicht mehr durchschauen. Das dient weder der Transparenz noch der Nachvollziehbarkeit. Daher soll es in Zukunft Spezialgesetzgebungen für diverse Zielgruppen nur in Bedarfsfäl-

len geben. Es muss das Prinzip gelten: so viele grundlegende und nachvollziehbare Gesetze wie sinnvoll, so wenige Sondergesetze wie nötig.

### ***Werte- und Orientierungskurse mit individueller Integrations- vereinbarung ausbauen***

Die bestehenden Werte- und Orientierungskurse sind mit einer Dauer von acht Stunden zu kurz. Sie sind dadurch momentan symbolisch und wirkungsarm. Die Kurse müssen ähnlich wie in Belgien praxisorientiert und zielgruppengerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden.

### ***Bildungsauftrag muss in der Schule bleiben. Kostenlose Ganztagsplätze für Schüler\_innen an Schulen mit einer sehr hohen sozialen Herausforderung***

Ein problematischer Trend durchzieht seit Jahren unser Bildungssystem. Mit der zunehmenden Auslagerung des schulischen Bildungsauftrags in die Familien (mit den Kindern lernen, Hausaufgaben machen, teure Nachhilfe finanzieren, etc.) haben es seit Jahren bildungsstarke und finanziell besser gestellte

Familien leichter. Bildungsschwache Familien werden dagegen massiv benachteiligt. Das verschärft die soziale Vererbung von Bildungschancen und somit die Ungleichheit. Damit kommen die Bildungspotenziale der Eltern und nicht die der Kinder zum Tragen. Daher fordern NEOS kostenlose, ganztägige schulische Angebote für Kinder an Schulen mit einer sehr hohen sozialen Herausforderung. Damit sorgen wir für echte Zukunftschancen von allen Kindern.

### ***Ethik- und Religionen-Unterricht***

In einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft erreichen traditionelle Formen der Wertevermittlung nur mehr einen Teil der Kinder und Jugendlichen. Ein Unterrichtsfach „Ethik und Religionen“ ist ein wichtiger Träger für eine pluralistische, offene und demokratische Gesellschaft. Wissen über Religionen stärkt junge Menschen in ihrer autonomen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Auch wenn Religion Privatsache ist, ist die Auseinandersetzung mit Religionen im schulischen Kontext notwendig. Sie stärkt zudem das wechselseitige Verständnis in unserer pluralistischen Gesellschaft. Das Schulfach soll ein

verpflichtendes Unterrichtsfach ab dem ersten Schuljahr sein. Politische und weltanschaulich-religiöse Unabhängigkeit sind wichtige Anforderungen, die auch mit laufenden Evaluierungen zu gewährleisten sind.

### ***Wirtschafts- und Integrationspolitik stärker zusammendenken und verbinden***

Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik müssen noch stärker zusammengedacht werden als bisher. Die österreichische Wirtschaft braucht Fachkräfte. Ein effektives Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft ist unabdingbar. Jugendliche und junge erwachsene Zugewanderte sollen im Hinblick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den nächsten Jahren beraten und motiviert werden, Ausbildungen in nachgefragten Berufsfeldern zu absolvieren. Menschen, die aus humanitären Gründen zu uns gekommen sind und gefragte Qualifikationen nachweisen können, sollen schnell in berufsbezogenen Kursen Deutsch lernen und bei Bedarf nachgeschult werden. Dadurch können sie möglichst rasch und unkompliziert einen guten Einstieg in den Arbeitsmarkt entsprechend ihrer

Kompetenz finden. Zugleich müssen die Unternehmen und Betriebe stärker darauf vorbereitet werden, um mit einer vielfältigen Belegschaft besser umzugehen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Vorurteile und Diskriminierungen erkannt und abgebaut werden. Dafür brauchen wir eine stärkere Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik in den Betrieben.

### ***Problematischen, integrationsstörenden Milieus und Strömungen keinen Platz geben***

Religiös begründete Extremismen, abwertende Haltungen gegenüber Gesellschaftsgruppen sowie Sexismus stellen in unserer Gesellschaft ein Problem dar. Wir schätzen die Meinungs- und Religionsfreiheit und entziehen daher Vertreter\_innen freiheitsfeindlicher Strömungen den Nährboden für ihr Wirken durch Stärkung der liberalen und demokratisch gesinnten Kräfte. Wir müssen daher dem weitaus größeren Teil der nichtorganisierten, religiösen und liberal gesinnten Menschen eine Stimme geben. Wir setzen starke Anreize für Reformbemühungen, kritisches Denken und Stimmen, die die bestehenden Verhältnisse hinterfragen. Wir müssen generell unsere

Ansprech- und Gesprächspartner\_innen mit Sorgfalt wählen. Dafür sind Wissen und Forschung besonders wichtig. Sie sollten die Grundlagen einer vernünftigen Politik ausmachen.

### ***Verstärkte Arbeit mit Gruppen, die einen besonders hohen Bedarf an Integration aufweisen***

Einzelne Zuwanderungsgruppen stehen vor besonders großen Herausforderungen, wenn es um gesellschaftliche Integration, Anerkennung und das Zusammenleben geht. Vorhandene Barrieren, Diskriminierungen und Benachteiligungen befördern die sozialen Spannungen bis hin zum Rückzug in die eigene Gruppe. Bei Jugendlichen stellt das Gefühl, unfair behandelt worden zu sein und keine Perspektiven zu haben, einen Nährboden für Kriminalität sowie religiöse und nationalistische Weltanschauungen dar. Dem müssen wir entgegenwirken, Jugendliche sollen eine Perspektive sehen. Dazu muss die Jugendarbeit gestärkt sowie Vertreter\_innen aus diesen Gruppen gewonnen werden, die als Ansprechpartner\_innen und Verstärker in den jeweiligen Gemeinschaften wirken. Gleichzeitig müssen wir die Zusammenarbeit zwischen

der Polizei und der Sozialarbeit in Richtung dieser Gemeinschaften ausbauen und ein tragfähiges Vertrauensnetz aufbauen. Zu diesen Gruppen mit einem hohen Integrationsbedarf gehören z.B. Teile der tschetschenischen, afghanischen, syrischen und somalischen Community. Für diese Vertrauens- und Sicherheitsnetze bedarf es eines Polizei- und Sicherheitspakets, das die Vielfalt innerhalb der Polizei stärkt. Zusätzlich braucht es eine stärker bürgerorientierte Polizeiarbeit (Community Policing/Management) nach schwedischem Vorbild und einen strategischen Aus- und Aufbau der sozialen Arbeit in allen wichtigen Bereichen (Schulen, Flüchtlingsheimen, Gefängnissen bzw. Justiz-Bereich).

### ***Fachkräfte willkommen heißen: Eine österreichische Strategie qualifizierter Zuwanderung***

Österreich ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Wir brauchen endlich eine Gesamtstrategie und müssen weg von der verkorksten Mischung aus quotenbasierten Aufenthaltstiteln, Saisonier-Kontingenten und der komplizierten Rot-Weiß-Rot-Karte, deren Anforderungen teils überschießend sind. Wir brauchen

eine sinnvolle Strategie für qualifizierte Zuwanderung, die im Idealfall auch auf europäischer Ebene umsetzbar ist und sich an folgenden Leitlinien orientieren soll:

### ***Gesamtstrategie erarbeiten: Schaffung eines Einwanderungsgesetzes***

Derzeit ist der Zuzug nach Österreich in unterschiedlichsten Gesetzen und Verordnungen geregelt. Diese gilt es zusammenzuführen und zu vereinfachen, sodass es eine einheitliche Migrationsstrategie geben kann.

### ***Das derzeitige Punkte-System der Rot-Weiß-Rot-Karte muss dringend überarbeitet werden***

Um ein System gesteuerter Zuwanderung in Österreich zu etablieren, müssen wir auf ein auf Punkte basierendes Kriteriensystem hinarbeiten. Dabei werden nicht nur Qualifikation, Sprachkenntnisse oder Arbeitserfahrung bewertet, sondern auch andere Faktoren, die die gesellschaftliche Entwicklung positiv beeinflussen (z.B. die noch verbleibenden Beitrags- und Arbeitsjahre).

### **Wichtig ist, was jemand kann – nicht welchen Beruf man ausübt**

Wir wollen weg von der starren Systematik, Tätigkeiten in Berufe einzuordnen, hin zu einem System, das an Fähigkeiten orientiert ist - dem sogenannten Skills Matching. Schon jetzt gibt es einen nationalen Qualifikationsrahmen, der sich am Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) orientiert und eine Vergleichbarkeit von in der EU erworbenen Qualifikationen ermöglicht. Dieser muss stetig weiterentwickelt werden.

### **Ein nachfrageorientiertes System schaffen: Vermittlung via Online-Plattform**

Wir fordern die Einführung einer österreichischen Online-Plattform. Auf dieser können sich die österreichische Arbeitsmarktbehörde (AMS) und Unternehmen registrieren. Es soll angegeben werden, um welchen Job es sich handelt und welches Qualifikationsniveau die gesuchten Arbeitskräfte besitzen müssen. Gleichzeitig können sich auch jene Menschen, die nach Österreich einwandern wollen, registrieren, in dem sie ein Online-Profil anlegen, das sodann überprüft

wird. Dadurch kann bereits eine Vorauswahl getroffen werden. Daraus entsteht ein Pool aus potentiellen Arbeitskräften, aus dem sich Unternehmen die für sie geeignetsten Kandidat\_innen auswählen können. Sie treten mit ihnen in Kontakt und führen selbständig Bewerbungsgespräche. Wer ein Jobangebot erhält, bekommt eine höhere Punktezahl. Die Chancen, tatsächlich eine Aufenthaltsgenehmigung in Österreich zu erhalten, steigen damit massiv – gleichzeitig entsteht kein Zwang, bei einem einzigen Unternehmen für einen begrenzten Zeitraum beschäftigt sein zu müssen. Beispiel: In Kanada existiert ein ähnliches Vermittlungssystem. Die kanadischen Behörden schöpfen daraus regelmäßig Bewerber\_innen ab, die sie anschließend zur Bewerbung um einen Aufenthaltstitel einladen. Deren Chancen sind natürlich dementsprechend hoch.

### **Mehr Flexibilisierung und stete Anpassung an die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt**

Durch das Plattform-basierte System wird ein System geschaffen, das an den Bedarf und die Nachfrage der österreichischen Wirtschaft gekoppelt ist. Das System wird stets angepasst

und weiterentwickelt und ist somit flexibel.

### **Qualifikationen schon vorab klären, anstatt später in Nachqualifizierung investieren zu müssen**

Bewerber\_innen, die nach Österreich zuwandern wollen, legen, bevor sie in die Online-Plattform aufgenommen werden, einen Test ab. Dabei durchlaufen sie ein Assessment-Verfahren, in dem ihre Qualifikationen (formelle Bildung, Sprachkenntnisse, etc.) abgefragt werden. Anhand der jeweils erreichten Punkteanzahl in den einzelnen Abschnitten, wird der Bedarf an erforderlicher Nachqualifikation (evtl. Sprachkurse, etc.) festgelegt.

### **Verkürzung der Verfahren**

Menschen, die der Arbeit wegen nach Österreich kommen wollen und die Überprüfung abgeschlossen haben, sollen binnen acht Wochen Bescheid bekommen, ob sie grundsätzlich für die Plattform in Frage kommen (also Mindeststandards und Qualifikationslevels für die angebotenen Stellen erfüllen oder nicht). Wenn nicht, sollen sie im betreffenden Herkunftsstaat über etwaige nachzuholende

Qualifikationsmaßnahmen (Sprachkurse, etc.) und Angebote beraten werden. Das Verfahren selbst soll binnen eines halben Jahres abgeschlossen werden.

### **Entbürokratisierung vorantreiben**

Durch die Schaffung einer Plattform und Online-Anmeldung werden bürokratische Hürden bei der Beantragung abgebaut. Das Prinzip One-Stop-Shop (also eine einzige Stelle für alle bürokratischen Vorgänge, die für eine Einwanderung nötig sind) wird dadurch umgesetzt. Bewerber\_innen laden alle erforderlichen Dokumente hoch und erstellen ein Profil. Auflagen, wie die derzeit in Österreich geltende „Wohnsitzauflage“ und zu hoch angesetzte erforderliche Einstiegsgehälter, werden abgeschafft. Das Profil kann vor Ort im Herkunfts- oder Wohnsitzstaat angelegt werden.

### **Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping**

Durch die Vermittlung via Online-Plattform entsteht ein echter Wettbewerb um die besten Köpfe, der auch dazu beiträgt, dass sich das gebotene Entgelt für eine Position angleicht. Da-

mit schaffen wir einen weiteren Schritt weg vom viel zitierten und befürchteten Lohn- und Sozialdumping: Wer eine Fachkraft braucht und anwerben will, muss entsprechend entlohnen.

### ***Klare Zielsetzung und Strategie im Inland***

Österreich braucht ein proaktives mittelfristiges Konzept, das u.a. die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts, die nachgefragte Qualifikation der potentiellen Zuwandernden, angepeilte Herkunftsregionen und sich danach richtende Werbemaßnahmen miteinschließt. Auch an heimischen Universitäten sollen Drittstaatsangehörige, die hier einen Abschluss machen, aktiv angeworben werden.

### ***Aktive Anwerbestrategie im Ausland***

Österreich ist im Wettbewerb um die besten Köpfe und muss für diese attraktiv sein. Dazu ist es dringend notwendig, das Land und den Wirtschaftsstandort im Ausland aktiv zu bewerben. Wir haben ein gut ausgebautes Netz an Außenhandelsstellen, das noch weiter ausgebaut werden kann – eine bloße Weiterentwicklung der ABA reicht dafür nicht aus.

### ***Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und potentiellen Zuwander\_innen fördern***

Schon jetzt gibt es zahlreiche Unternehmen, die in anderen Staaten aktiv sind und dort beispielsweise Ausbildungen nach österreichischen Standards an den dortigen Standorten anbieten. Derartige Möglichkeiten und Projekte müssen ausgebaut und gefördert werden.

### ***Sprachkenntnisse fördern und fordern***

Berufsspezifische Deutsch- als auch Englischkurse müssen ausgebaut werden. Insbesondere wenn es um Familiennachzug geht, muss das Beratungs- und Betreuungsnetz für diese Gruppe ausgebaut werden.

### ***Gemeinsame europäische Asylbehörde mit Grundabklärung an der EU-Außengrenze***

Die großen Herausforderungen im Asylbereich können nur mit einem gemeinsamen EU-Asylsystem nachhaltig gelöst werden. Die Schaffung einer europäischen Asylbehörde sorgt dafür, dass die Standards und Krite-

rien für die Gewährung von internationalem Schutz einheitlich sind. Dies bedeutet, dass anstelle der nationalen Asylbehörden eine europaweite Behörde für das Verfahren von der Antragstellung bis zur Entscheidung zuständig ist. In Aufnahmezentren an der EU-Außengrenze soll eine Grundabklärung durchgeführt werden: Schutzsuchende mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit (z.B. aus Kriegsregionen) werden auf die Mitgliedstaaten verteilt; jene, die aus sicheren Drittstaaten kommen und keinen Asylgrund glaubhaft machen können, werden in die jeweiligen Drittstaaten zurückgeführt.

Nach positiver Grundabklärung werden die Schutzsuchenden zunächst auf Basis von freiwillig zur Verfügung gestellten Resettlement-Kontingenten auf die Mitgliedstaaten verteilt. Sollten diese in Zeiten mit hohen Antragszahlen nicht ausreichen, tritt automatisch ein Entlastungsschlüssel zur verpflichtenden Aufteilung in Kraft. Dieser wird anhand von BIP, Bevölkerung und bisher erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber\_innen berechnet, um Mitgliedstaaten, die bereits viele Personen aufgenommen haben, zu entlasten. Die Weigerung, sich an solch

einem gemeinsamen Asylsystem zu beteiligen, kann neben monetären Konsequenzen den Ausschluss aus dem Schengenraum zur Folge haben (Schengen 2.0).

### ***Rasche Verfahren und konsequente Rückführungen***

In den Mitgliedstaaten sollen rasche und qualitätsvolle Verfahren durch die Außenstellen der gemeinsamen europäischen Asylbehörde für Rechtssicherheit und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen sorgen. Die maximale Dauer bis zur zweitinstanzlichen Entscheidung soll 180 Tage betragen. Bis zur Realisierung der EU-Asylbehörde werden die Verfahren nach einheitlichen europarechtlichen Standards von den Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt. Ein negativer Asylbescheid hat eine entschlossene Rückführung in die Herkunftsländer zur Folge, sofern das Refoulement-Verbot dem nicht entgegensteht und kein Grund für ein humanitäres Bleiberecht besteht. Dies soll durch die Förderung der freiwilligen Rückkehr sowie den Ausbau von Rückkehrprogrammen erreicht werden.

Die EU muss sofort und konsequent den Ausbau von Rückführungsabkommen mit den wichtigsten Herkunftsländern verstärken. Um deren Abschluss zu ermöglichen, sollte die Europäische Union je nach Verhandlungslage und Erfolgsaussicht Anreize (wie z.B. Entwicklungshilfezahlungen, verstärkte Wirtschaftskooperationen, Kontingente für legale Migration in Form von Arbeitsvisa oder Stipendien) bzw. Druckmittel (wie z.B. eine strengere Visapolitik) einsetzen. So werden eine gezielte und kontrollierte Migration und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen gewährleistet.

### **Schutzzentren entlang der Hauptmigrationsrouten**

Menschen, die sich – aus welchem Grund auch immer – aus ihrem Heimatland auf den Weg machen, muss die Möglichkeit auf Schutz vor Verfolgung und eine menschenwürdige Unterbringung gegeben werden. Daher fordern wir vom UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebene Schutzzentren in den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang der Hauptmigrationsrouten, damit Menschen dort sicher sind. Gleichzeitig soll es in diesen Zen-

tren die Möglichkeit geben, Menschen in ihre Herkunftsstaaten rückzuführen, wie dies bereits jetzt von der IOM gemacht wird. Asylanträge können dort keine gestellt werden. Auf diese Weise entsteht in den Staaten Nordafrikas kein großer Migrationsdruck mehr und Länder entlang der Migrationsrouten werden entlastet.

### **1000 Städtepartnerschaften für Europa & Afrika**

Städte überall auf der Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Es geht um Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung, effiziente Verwaltung, Krankenhäuser, Schulen, Sicherheit und vieles mehr. Europäische Städte sollen ihre Expertise und ihre Erfahrungen weitergeben. Sie können so gemeinsam mit der Europäischen Union direkt vor Ort ihren Beitrag dafür leisten, dass sich Städte in Schwellen- und Entwicklungsländern entwickeln und funktionierende Märkte entstehen können. Wir fordern 1000 Partnerstädte für Europa, von Tallinn über Wels bis Málaga und Thessaloniki und auf der anderen Seite des Mittelmeers von Casablanca über Tripolis bis Asmara in Eritrea. Die Partnerschaft soll sich, unterstützt vom europäischen Ausschuss der Re-

gionen, auf die Expertise der jeweiligen Städte konzentrieren, um hier maximalen Fortschritt zu erzielen.

### **Unterstützung der Einrichtung von Sonderentwicklungszonen entlang der Migrationsrouten**

Flucht und Migration finden überwiegend zwischen benachbarten Entwicklungsländern mit begrenzten Aufnahmekapazitäten und wirtschaftlichen Möglichkeiten statt. Deshalb muss die Europäische Union besonders diese Aufnahmegesellschaften unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung von Sonderentwicklungszonen nach den Konzepten anerkannter Expert\_innen in diesem Bereich ein. Dort sollen der Arbeitsmarkt und das Sozialsystem für Flüchtlinge und Migrant\_innen voll geöffnet sein. Im Gegenzug räumt die EU von dort stammenden Produkten einen erleichterten Zugang zum EU-Markt ein. Dadurch sollen neue Lebensräume entlang der Migrationsrouten geschaffen und die wachsenden Städte gefördert werden. Wenn man mehrere solche Zonen über verschiedene afrikanische Länder verteilt, können dort Millionen von Menschen vernünftig leben. Mögliche Standorte wären entlang der Migrationsroute sowie zwi-

schen Somalia und Kenia, Libyen und Westafrika.

## **SICHERES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch einen Rechtsstaat,  
der funktioniert  
und auf den man  
vertrauen kann.*

*Egal, wer man ist und  
wen man kennt.*

**SICHERES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
EINEN RECHTSSTAAT,  
DER FUNKTIONIERT UND AUF  
DEN MAN VERTRAUEN KANN.  
EGAL, WER MAN IST UND  
WEN MAN KENNT**

**Herausforderungen**

Der Verfassungs- und Rechtsstaat ist der zentrale Garant unserer Freiheit und das Rückgrat einer funktionierenden Demokratie. Deshalb müssen wir die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit unserer Justiz und der Sicherheitsbehörden gegen Kürzungswahn und politische Einflussnahme verteidigen. Parteipolitischem Einfluss, intransparenten Postenbesetzungen und Interventionen muss ein Ende gesetzt werden.

Die Justiz kann aber nur in Zusammenarbeit mit einer gut funktionierenden Polizei erfolgreich sein. Justiz und Polizei sind die ersten zwei Glieder einer Kette, die erst durch andere Institutionen im Bereich des Strafvollzuges, der Opferhilfe, der Bewährungshilfe, der Täterarbeit, der Sozial- und Präventionseinrichtungen komplett wird. All diese Akteure gilt es ganzheitlich zu betrachten und entsprechend

auszustatten, damit der moderne Rechtsstaat für die Bürger\_innen gut funktionieren kann, Entscheidungen in angemessener Zeit erfolgen können und die Menschen nicht auf ihr Recht warten müssen.

Auch im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs sehen wir Zustände, die eines modernen Rechtsstaates nicht würdig sind. Die teilweise veralteten und desolaten österreichischen Justizanstalten sind großteils heillos überfüllt. Zu wenige und wegen Überstunden überarbeitete Justizwachebeamten\_innen müssen für die Sicherung und Resozialisierung von Täter\_innen sorgen.

Die österreichischen Polizist\_innen leisten einen schwierigen, herausfordernden und verantwortungsvollen Dienst an unserer Gesellschaft. Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, brauchen sie die notwendigen Ressourcen. Derzeit müssen die Beamten\_innen in den Sicherheitsbehörden zu viele Überstunden leisten und sind im Dienst mit vielen Widrigkeiten belastet. Geld muss dringend in Ausrüstung, Räumlichkeiten und Ausbildung investiert werden, statt es in absurde Imagekampagnen und Polizeipferde zu stecken.

Eine große Herausforderung stellt auch die organisierte Kriminalität dar, die sich nicht an nationale Grenzen hält. Dabei häufen sich Cyberkriminalität sowie Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel, Geldwäsche, Dokumentenfälschung und Umweltverbrechen in ganz Europa und angrenzenden Regionen. Diese wirken sich auch auf Österreich aus. Sicherheitspolitische Herausforderungen in angrenzenden Gebieten können in Form von Flüchtlingsströmen, aber auch organisierter Kriminalität in die EU ausstrahlen. Religiöse Fundamentalist\_innen und Rechtsextremist\_innen bzw. globaler Terrorismus stellen eine zunehmende Bedrohung für die Sicherheit Europas dar. Gleichzeitig ist das Österreichische Bundesheer, das mit diesen Herausforderungen fertig werden muss, chronisch unterfinanziert und mangelhaft ausgerüstet. Außerdem schränkt der unverhältnismäßige und teure Assistenzeneinsatz an der österreichischen Staatsgrenze die Handlungsfähigkeit des Österreichischen Bundesheers weiter ein.

**Lösungen**

**Verfassung und Rechtsstaat verteidigen**

Extremist\_innen bedrohen die Grundsäulen unserer Verfassung. Der liberale und demokratische Rechtsstaat muss entschieden gegen seine Feinde vorgehen, ohne seine Ideale dabei aufzugeben. Daher fordern wir eine klare gesetzliche Grundlage für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Dies beinhaltet eine Trennung von Befugnissen des Heeres und der Polizei und transparente und effektivere Kontrolle durch das Parlament. Die derzeitigen Kontrollmöglichkeiten reichen nicht aus. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) hat eine Schlüsselrolle bei der Wahrung unserer Sicherheit. Das BVT ist aber durch die aus dem Innenministerium orchestrierte Hausdurchsuchung und die versuchte blaue Machtübernahme intern und extern geschwächt. Daher stehen wir für eine Professionalisierung des BVT. NEOS setzen sich dafür ein, dass Beamten\_innen des BVT eine fundierte Ausbildung nach internationalen Standards erhalten, um nationale Sicherheit auf höchstem Niveau garantieren zu können. Außerdem

fordern wir ein Extremismusreferat, das mit internationalen Partnern kooperiert und ausreichend Ressourcen erhält.

### **Unabhängigkeit der Justiz stärken**

Diverse Skandale haben gezeigt, dass die Möglichkeit politischer Einflussnahme auf Ermittlungen und Anklage über das Weisungsrecht des/r Justizminister\_in, das Vertrauen der Bürger\_innen in den Rechtsstaat untergräbt. Die Unabhängigkeit der Justiz und ihre Freiheit von politischer Einflussnahme muss garantiert sein. Wir fordern deshalb, dass eine unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft an der Spitze der Strafverfolgungsbehörden steht. Der Bestellvorgang für die Verwaltungsrichter\_innen und die Präsident\_innen der Verwaltungsgerichte muss objektiver und transparenter werden. Das bedeutet, es braucht öffentliche Anhörungen und ein transparentes Auswahlverfahren, das sicherstellt, dass unabhängig einer Parteizugehörigkeit die besten und fähigsten Personen in diese wichtigen Ämter kommen.

### **Zustände im Strafvollzug verbessern und Komplettreform des Maßnahmenvollzugs durchsetzen**

Die vermehrte Ermittlungstätigkeit der Sicherheitsbehörden bedeutet mehr Fälle für die Staatsanwaltschaften und in Folge bei den Gerichten. Daher benötigt die Justiz mehr Ressourcen. Hinzu kommt, dass 40% aller Justizbediensteten in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen. Diese Pensionierungswelle betrifft sowohl die Gerichte (dort vor allem das Kanzleipersonal und die Rechtspfleger\_innen) als auch die Justizanstalten (Justizwachebeamten\_innen). Daher fordern wir NEOS, dass rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, um neues Justizpersonal zu rekrutieren und auszubilden, damit der Justizbetrieb nicht ins Stocken gerät.

Außerdem bedarf es Investitionen in neue Infrastruktur und mehr Planstellen im Bereich der Justizwache zur Entlastung der Beamt\_innen. Es braucht auch eine zusätzliche Justizanstalt im Großraum Wien, damit Inhaftierte unter menschenwürdigen Bedingungen angehalten werden können und das Vollzugsziel, die Re-

sozialisierung der Straftäter\_innen, gesichert werden kann.

Weiters steht für NEOS fest, dass es eine Haft nur nach strafrechtlicher Anlasstat und aufgrund eines Gerichtsurteiles geben kann. Eine Präventiv- oder Sicherungshaft, die nur aufgrund einer vermeintlichen Gefährlichkeit einer Person „anlasslos“ verhängt werden soll, wird es mit uns nicht geben.

### **Politiker\_innenhaftung einführen**

Immer wieder gibt es Fälle, in denen Spitzenpolitiker\_innen grob fahrlässig oder verantwortungslos handeln und Schäden verursachen, die Bürger\_innen bis in die nächsten Generationen betreffen. Daher fordern wir eine klare und effiziente Haftungsregelung, wie sie auch für jede\_n Geschäftsführer\_in eines Unternehmens gilt. Im privaten Bereich wird verlangt, dass Unternehmer\_innen unbefangen, sachkundig, im guten Glauben sowie in der Überzeugung, im besten Interesse und zum Wohl des Unternehmens zu handeln, Entscheidungen treffen. Genau diesen Maßstab fordern wir auch für Entscheidungen von Politiker\_innen.

### **Gerichtsgebühren senken und Kostenersatz bei Freisprüchen im Strafverfahren einführen**

Österreich ist bei den Gerichtsgebühren eines der teuersten Länder in Europa. Der Zugang zum Recht darf aber nicht von der Größe der Geldbörse abhängen. Daher streben wir eine generelle Senkung der Gerichtsgebühren an, damit der Zugang zum Recht auch für alle leistbar ist. Im Zivilprozess gilt die Regelung „Wer unterliegt, der zahlt“, im Strafprozess gibt es jedoch keinen Kostenersatz für Verteidigerkosten. Das führt Betroffene manchmal zu Unrecht in den Ruin. In Strafverfahren ist es der Staat, der eine Person wegen einer vermeintlichen Straftat anklagt. Kommt die Staatsanwaltschaft mit der Anklage nicht durch und werden Beschuldigte freigesprochen, bleiben sie derzeit auf den Kosten sitzen. Daher fordern wir NEOS, dass bei Freisprüchen die Verteidigungskosten ersetzt werden.



### **Überwachungsmaßnahmen kritisch evaluieren und Rechtsschutzsystem modernisieren**

Der Rechtsstaat muss alles tun, um Kriminellen das Handwerk zu legen, aber die Massenüberwachung von unbescholtenen Bürger\_innen ohne konkreten Verdachtsfall darf keinesfalls zur Normalität werden. Aufgrund der unklaren Regelungen hat derzeit niemand in Österreich einen Überblick, wie viel der Staat eigentlich schon überwacht und welche Erfolge dadurch erzielt werden. Wir fordern daher eine Evaluierung der gesamten Überwachungsmaßnahmen in Österreich. Das Rechtsschutzsystem in Österreich ist gut und größtenteils auch effektiv, zeigt aber auch so manche Lücken (Stichwort: „schlichte Hoheitsakte“). So ist es derzeit in Österreich zum Beispiel nicht möglich, sich gegen kreditschädigende Aussagen oder Falschinformationen von Staatsorganen zur Wehr zu setzen. Das wollen wir NEOS ändern.

### **Cybersicherheit stärken**

Keine Deliktgruppe steigt so stark wie die Cyberkriminalität und das bei relativ geringen Aufklärungsquoten.

Betroffen sind Privatpersonen und Unternehmen ebenso wie der Staat und internationale Institutionen. Daher müssen wir sowohl bei der Polizei als auch beim Bundesheer die Kapazitäten zur Abwehr von Cyberangriffen erhöhen, damit Kriminalität auch im Cyberspace keine Chance hat und die Täter\_innen zur Verantwortung gezogen werden können. Es braucht außerdem Präventions- und Informationskampagnen über Cyberbedrohungen, damit die Abwehrkräfte der Gesellschaft gegen bestimmte Formen von Cyberkriminalität (Betrug, Manipulation) gestärkt werden. Deshalb setzen sich NEOS für Investitionen in die Erwachsenenbildung im Bereich digitale und Medien-Kompetenzen ein.

Im Bereich der Cyberabwehr setzen NEOS sich für einen Ausbau der internationalen Kooperationen Österreichs ein, besonders innerhalb der Europäischen Union. Nur ein geschlossenes europäisches Auftreten gegen Cyberangriffe aus zum Beispiel Russland, China, Nordkorea oder Iran wird im Ausland ernstgenommen. Europa muss den Umstand thematisieren, dass Cyberangriffe im großen Stil aus diesen Ländern kommen, wenn

wirtschaftliche Kooperation etc. verhandelt werden.

### **Unabhängige Prüfungen von Misshandlungsvorwürfen gegen die Polizei schaffen**

Das derzeitige System der Untersuchung von Vorwürfen polizeilicher Misshandlung funktioniert nicht, denn bei Beschwerden über polizeiliches Verhalten gibt es kaum Folgen. In manchen der wenigen medial kolportierten Fälle wurde bekannt, dass bei Fehlverhalten der Polizei disziplinarrechtliche Folgen ausblieben - selbst bei gerichtlichen Verurteilungen. Wir fordern daher ein transparentes, effizientes und unabhängiges Prüfungsverfahren in Fällen von Polizeigewalt. Diese bewahren alle Seiten vor dem Vorwurf von Voreingenommenheit und stärken insgesamt das Vertrauen der Bürger\_innen in die Sicherheitsbehörden.

### **Eine moderne Sammelklage für das 21. Jahrhundert einführen**

Die Prozessregeln aus dem 19. Jahrhundert entsprechen nicht mehr den wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Realität des 21. Jahrhunderts und des modernen Wirtschaftslebens.

In Rechtsstreitigkeiten (z.B. VW-Diesel-Skandal) sind Einzelkläger\_innen gegenüber übermächtigen Prozessgegnern immer strategisch unterlegen. Das gilt sowohl für klagende Konsument\_innen, als auch für klagende Unternehmer\_innen, die sich gegen rechtswidrige Praktiken anderer mächtigerer Unternehmen zur Wehr setzen wollen. Gerade für Unternehmer\_innen hat die Sammelklage auch Vorteile: So können sich diese zusammenschließen und gegen „schwarze Schafe“ in ihrer Branche gemeinsam vorgehen. Daher stärkt eine Sammelklage auch den fairen Wettbewerb – das ist gut für den Wirtschaftsstandort Österreich. Wir fordern daher die Einführung von Sammelklagen, weil sie zusammenfassen, was inhaltlich zusammengehört. Durch die Verteilung des Prozesskostenrisikos auf mehrere Kläger\_innen und die Zusammenfassung der Ansprüche wird das Justizsystem effizienter und schneller. Das hilft am Ende allen Beteiligten, entlastet das Justizsystem erheblich und schafft Rechtssicherheit.

## **Schritt für Schritt zur Europäischen Armee**

Bedrohungen für die Sicherheit in der Welt sind nicht mehr nur regional, sondern global spürbar. Terrorismus oder Cyberkriminalität machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Die Europäische Union muss sich zu selbstbewussten und verteidigungsfähigen Vereinigten Staaten von Europa entwickeln, um in der Welt ernstgenommen zu werden. Nur dann können wir unsere europäische Art zu leben und unsere europäischen Freiheiten nachhaltig sichern. Alle innereuropäisch bestehenden Harmonisierungs- und Integrationsmöglichkeiten im Sicherheits- und Verteidigungsbereich sind voll auszunutzen. Dringend erforderlich sind unter anderem eine gemeinsame und gemeinsam finanzierte Überwachung und Sicherung des europäischen Luftraums. Damit wäre die Anschaffung eigener österreichischer Abfangjäger überflüssig. Es braucht Schritte in Richtung einer europäischen Integration der Kommandostrukturen bei EU-Missionen. Langfristig wäre eine Europäische Armee unter gemeinsamer politischer Führung, gemeinsamen Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle das Ziel, um die europäische Souveränität zu

jedem Zeitpunkt sichern und verteidigen zu können. Diese Europäische Armee soll aus Berufssoldat\_innen bestehen. Die Wehrpflicht in Österreich soll der Vergangenheit angehören.

## **Österreichisches Bundesheer für EU-Bürger\_innen öffnen**

Während die europäischen Streitkräfte fast ausnahmslos an Personalknappheit leiden, können potenzielle europäische Soldat\_innen wegen ihrer Lebenssituation weder in ihrem Heimat- noch in ihrem Gastland dienen. In Österreich leben aktuell 655.200 Personen aus anderen EU-Staaten. Ein nennenswerter Anteil davon könnte grundsätzlich im Österreichischen Bundesheer dienen, wenn dies die gesetzlichen Rahmenbedingungen erlaubten. Hinzu kommt, dass österreichische Werte und Interessen in der Sicherheitspolitik sich heutzutage kaum noch von europäischen trennen lassen.

Auslandseinsätze werden auf europäischer Ebene gemeinsam bestritten. Ein\_e im Österreichischen Bundesheer dienende\_r Deutsche\_r, Slowen\_in, Tschech\_in oder Dän\_in ist somit kein\_e Söldner\_in, sondern ein\_e europäische\_r Soldat\_in. Die

Öffnung des Österreichischen Bundesheeres für Bürger\_innen anderer EU-Staaten mit einer Mindestaufenthaltsdauer in Österreich wäre deshalb ein kleiner, aber richtiger Schritt auf dem Weg zu effizienter Kooperation im Verteidigungsbereich.

## **Verteidigungsbudget auf 1% des BIP stufenweise erhöhen**

Das Österreichische Bundesheer ist chronisch unterfinanziert. Mit dem gegenwärtigen Budget ist es nicht möglich, die Aufgaben des Bundesheeres zu erfüllen und sich auf komplexer werdende Anforderungen im Sicherheitsbereich vorzubereiten. Aktuell kann das Bundesheer kaum seine Substanz erhalten. NEOS setzen sich für eine stufenweise Erhöhung des Bundesheerbudgets auf 1% ein. Denn wer nicht entweder die Aufgabenbereiche des Bundesheeres verringert oder dessen Budget erhöht, gefährdet die Sicherheit Österreichs. Gleichzeitig stehen wir für einen verantwortungsbewussten Einsatz der vorhandenen Mittel beim Bundesheer. Prestigeprojekte einzelner Minister\_innen dürfen nicht Vorrang vor dringend notwendigen Investitionen in die Quartiere der Soldat\_innen und die Erneuerung grundlegender Aus-

rüstung (z.B. Fahrzeugflotte des Bundesheeres, Drohnen) haben.

## **EU-rechtswidrigen Assistenzeinsatz an der österreichischen Grenze beenden**

Der 2015 als Konsequenz der beschlossenen Grenzkontrollen gestartete Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres an der Süd- und Ostgrenze Österreichs ist teuer und mittlerweile eine völlig unverhältnismäßige Maßnahme, die von Expert\_innen als europarechtswidrig eingestuft wird. Insgesamt sind über 800 Soldat\_innen aus sechs Assistenzkompanien das ganze Jahr über im Assistenzeinsatz tätig. Zusätzlich sind selbstverständlich auch noch Sicherheitskräfte der Österreichischen Bundespolizei im Einsatz. Der finanzielle Aufwand steht in keiner Relation zu den Zahlen der illegalen Grenzübertretungen aus Ungarn und Slowenien, wo die österreichischen Grenzkontrollen bestehen. 2018 kommt auf einen im Assistenzeinsatz an der Grenze eingesetzten Soldaten nicht einmal ein aufgegriffener Flüchtling. Angesichts dieser Zahlen ist es völlig ungläubwürdig, von einer Bedrohung für die öffentliche Ordnung oder die

innere Sicherheit zu sprechen, die die Verlängerung von Grenzkontrollen rechtfertigen würde. Zudem verkürzen die zwei Monate Assistenzinsatz während der Grundausbildung den Zeitraum, in dem Grundwehrdiener tatsächlich ausgebildet und auch für andere Einsätze tauglich gemacht werden können. NEOS stehen für eine Beendigung des teuren und europarechtswidrigen Assistenzinsatz an der Grenze.

### ***Truppenstärke Österreichs in der Schwerpunktregion Westbalkan erhalten***

Das Bundesheer ist derzeit mit mehr als 700 Soldat\_innen in Bosnien- Herzegowina und dem Kosovo im Einsatz. Es sind die zwei größten Auslandseinsätze Österreichs. Im Kosovo beteiligt sich Österreich an der NATO-geführten Mission KFOR mit derzeit 422 Soldat\_innen, in Bosnien- Herzegowina an der EU-Mission EUFOR ALTHEA mit derzeit 295. Eine Reduktion der Truppenstärke angesichts der Sicherheitslage und Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten beider Staaten könnten zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage führen, die umgehend auch Österreich betreffen könnte. NEOS setzen sich also für

eine Beibehaltung der Truppenstärke in dieser Schwerpunktregion des österreichischen Bundesheeres ein, bis deutliche Verbesserungen in der Region bemerkbar sind und die jeweiligen Sicherheitskräfte selbst für Sicherheit sorgen können.

## **MUTIGES ÖSTERREICH:**

*Mehr Chancen  
durch grenzenlosen  
Zusammenhalt,  
mutig in die  
Vereinigten Staaten  
von Europa*

**MUTIGES ÖSTERREICH:  
MEHR CHANCEN DURCH  
GRENZENLOSEN  
ZUSAMMENHALT, MUTIG  
IN DIE VEREINIGTEN  
STAATEN VON EUROPA**

**Herausforderungen**

Seit Österreich im Jahr 1994 mit Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union gestimmt hat, hat sich unter den Bürger\_innen Skepsis, ja sogar Misstrauen verbreitet. Dafür sind die seitdem regierenden Politiker\_innen Österreichs mitverantwortlich. „Die EU“ ist viel zu oft der Sündenbock, wenn auf nationaler politischer Ebene etwas schief läuft. Die Regierungen schieben die Schuld für Missstände und Blockaden, die sie selbst verursacht haben, nach Brüssel ab. Für die Unionsbürger\_innen ist es oft nicht nachvollziehbar, wer im komplexen politischen Gebilde die Verantwortung trägt und wie man sich als Bürger\_in am politischen Gestaltungsprozess beteiligen kann.

Die Krisen und Herausforderungen der Gegenwart haben zusammen mit der gehemmten politischen Handlungsfähigkeit der EU in vielen Mitgliedstaaten zu einem Aufschwung

nationalistisch-populistischer Parteien geführt. Die Mitgliedsländer entwickeln sich unterschiedlich schnell und die Idee eines gemeinsamen Europas verliert in manchen Staaten immer mehr an Zustimmung. Es kommt vermehrt zu Verletzungen der EU-Grundwerte. Die Europäische Union hat zu wenige und zu schwache Instrumente, um das zu sanktionieren.

Es gibt Akteur\_innen, die nur ein Ziel haben: eine Welt zu schaffen, in der den Bürger\_innen nicht mehr klar ist, was Wahrheit und was Lüge ist. Versuche der Einflussnahme durch gezielte Finanzierung von Populist\_innen und Fake News aus dem Ausland zielen darauf ab, die europäischen Institutionen zu destabilisieren. Sie sollen das Vertrauen der Bürger\_innen in diese zerstören. Europa gelang es bisher nicht, mit einer einzigen starken Stimme eine Antwort auf diese Angriffe zu finden.

Auf nationaler Ebene verfügt Österreich seit längerer Zeit über keine klare außenpolitische Strategie, die auf den Leistungen der österreichischen Diplomatie in der Vergangenheit aufbaut und neue Herausforderungen und Chancen entsprechend abdeckt. So gibt es etwa wiederholt

das Bekenntnis, die Staaten des Westbalkans seien ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik. Doch es fehlt an konkretem und messbarem Engagement Österreichs in dieser Region.

Eine große Herausforderung ist auch die österreichische Entwicklungspolitik weltweit. Das Budget für unser entwicklungspolitisches Engagement in der Welt ist viel zu gering und sinkt sogar noch. Es wird ohne sinnvolle Strategie stark fragmentiert ausgegeben. Österreich bekannte sich zwar dazu, das Budget für Entwicklungszusammenarbeit auf die von der UN gemeinsam beschlossenen 0,7% des Bruttonationaleinkommens zu heben, jedoch verringerten die Regierungen der vergangenen Jahre diese Mittel. Außerdem mangelt es Österreich an einer Strategie und einem konkreten Umsetzungsplan für die Agenda 2030. Diese beinhaltet 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, zu der sich auch Österreich bekannt hat.

**Lösungen**

**Vereinigte Staaten von Europa**

Damit Europa endlich die Erwartungen der europäischen Bevölkerung erfüllen kann, muss es demokratischer, handlungsfähiger und bürgernäher werden. NEOS wollen daher einen mutigen Schritt in die Zukunft wagen. Denn nur ein Europa, das souverän und handlungsfähig ist, kann unseren Lebensstil sichern. Dazu brauchen wir grundlegende Reformen der Europäischen Union, weg von kleinstaatlichen Streitereien, hin zu den Vereinigten Staaten von Europa! Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter Bürger\_innenbeteiligung. So bestehen die besten Chancen, nationalistisch-engstirnige Widerstände und politische Blockaden zu überwinden. Repräsentativ für die Bevölkerung ausgewählte Bürger\_innen aus ganz Europa sollen gemeinsam mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren darüber beraten, wie unsere EU in Zukunft aussehen soll und wichtige Richtungsentscheidungen vorbereiten. Diese Vorschläge sollen die Basis für eine Neugestaltung der europäischen Verträge sein.

## **Echte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

Die Außenpolitik der Europäischen Union und damit der/die Hohe Vertreter\_in verdient echten Entscheidungsspielraum und die Unterstützung aller Mitgliedstaaten. Er/Sie soll ein\_e echte\_r Außenminister\_in für die EU werden. Die Europäische Union soll ihre 2016 entschiedene, klar wertebasierte Europäische Globalstrategie bedienen, anstatt nationalstaatliche Partikularinteressen. Dazu muss auch das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abgeschafft werden. Stattdessen soll per qualifizierter Mehrheit entschieden werden (55% der Mitgliedstaaten und 65% der Einwohner\_innen). Als Zwischenschritt wäre es denkbar, die Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP zumindest einzuschränken.

## **Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\_innen verbessern**

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) muss reformiert werden. Gegenwärtig sind für eine erfolgreiche EBI

mindestens eine Million Unterstützungserklärungen aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten notwendig. Dann muss die Kommission, wenn das Thema in den Kompetenzbereich der Kommission fällt, innerhalb von drei Monaten eine Stellungnahme dazu vorlegen und Maßnahmen vorschlagen. Allerdings ist bisher noch kein einziger Gesetzesvorschlag aus einer EBI entstanden. Hier muss zumindest die Bereitschaft der Kommission steigen, auf Bürger\_innenanliegen einzugehen.

Zusätzlich soll die Möglichkeit einer europaweiten Volksabstimmung geschaffen werden. Eine bestimmte Anzahl von Unterstützungserklärungen einer EBI sollen zu einer verbindlichen Volksabstimmung über die Thematik führen. Bei diesen Volksabstimmungen soll eine doppelte Mehrheit erforderlich sein: Sowohl eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung als auch eine Mehrheit der Staaten muss den Vorschlag unterstützen.

## **Reform der Europawahlen**

Wir setzen uns dafür ein, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten zum Europäischen Parlament über gesamt-europäische (transnationale)

Listen gewählt werden. Dies soll durch eine Zweitstimme geschehen. Um antreten zu dürfen, müssen europäische Listen Kandidat\_innen aus mehreren Mitgliedstaaten aufweisen. So stellen wir einen europäischen Wahlkampf sicher, der die EU-Wahl aus der Innenpolitik der Mitgliedstaaten heraushebt. Die über transnationale Listen gewählten MEPs leisten ihren Beitrag zu einem europäisch-politischem Bewusstsein. Gleichzeitig soll auch der/die Kommissionspräsident\_in durch die Bürger\_innen direkt gewählt werden. Dies sichert einerseits die Legitimation des/der Präsident\_in der Kommission und stärkt andererseits auch dessen/deren Verbindung zu den Bürger\_innen.

## **Ein selbstbewusstes Europäisches Parlament mit zwei Kammern**

Das Europäische Parlament soll sich zu einem Ort entwickeln, an dem große Debatten über die Zukunft der Europäischen Union stattfinden. Mit einem verbesserten Wahlrecht ist es auch an der Zeit, dass dieses selbstbewusste Arbeitsparlament das Recht der Gesetzesinitiative (Initiativrecht) erhält. Langfristig soll das Europäische Parlament ein Zwei-Kammern-

Parlament werden. In der zweiten Kammer sollen die Interessen der Mitgliedstaaten vertreten werden. Diese würde also die Aufgaben des Rates übernehmen. Die Abgeordneten der zweiten Kammer werden von den nationalen Parlamenten entsandt. Sie spiegeln in etwa die politische Zusammensetzung der nationalen Parlamente wider. Darüber hinaus ist die historisch gewachsene Aufteilung des Europäischen Parlaments auf die drei Arbeitsorte Straßburg (die meisten Plenarsitzungen), Brüssel (Ausschüsse und Fraktionssitzungen) und Luxemburg (Generalsekretariat) nicht praktikabel. Daher soll das Parlament einen einheitlichen Sitz in Brüssel haben.

## **Eine effiziente europäische Regierung ohne nationale Quoten**

Die Kommission muss überschaubarer und effizienter werden. Wie seit 2000 geplant, soll die Anzahl der europäischen Kommissar\_innen von aktuell 28 auf höchstens 15 reduziert werden. Ein Rotationsverfahren muss eingerichtet werden, da so nicht in jeder Runde jeder Mitgliedstaat eine\_n Kommissar\_in nominieren kann. Nachdem die Mitglieder der Europäi-

schen Kommission aber ohnehin nicht die Aufgabe haben, ihren jeweiligen Mitgliedstaat zu vertreten, sondern die gesamte Europäische Union, ist das kein Verlust für die Mitgliedstaaten. Österreich soll sich bereit erklären, in der ersten Rotationsrunde auf eine eigene Kommissar\_in zu verzichten und Verbündete suchen, die dazu ebenfalls bereit sind. So wird die bestehende Blockade bei dieser Reform endlich beseitigt. Langfristig soll die Kommission zu einer echten Regierung mit direkt gewähltem Regierungsoberhaupt und von ihm ernannter Kommissar\_innen ohne nationale Nominierungsansprüche werden. Die politische Verantwortlichkeit gegenüber dem Europäischen Parlament soll weiter ausgebaut werden. Diese Weiterentwicklung der Kommission darf aber nicht zur Folge haben, dass die Kommission eine ihrer Hauptaufgaben, nämlich die Verfolgung von Europäischen Unionsrechtsverletzungen durch die Mitgliedstaaten, nicht mehr erfüllen kann. Dazu könnte eine zu diesem Zweck eingerichtete Generaldirektion weisungsfrei gestellt werden, um politische Einflussnahme auszuschließen. Die Aufgabenverteilung zwischen Kommissionspräsident\_in und Ratspräsident\_in bleibt von diesen Reformen unberührt.

### **Verletzungen der EU-Grundwerte sanktionieren**

Die europäischen Mitgliedstaaten müssen im Sinne des Schutzes der europäischen Grundwerte eine Reform des Artikel-7-Verfahrens (Suspendierung der Mitgliedschaft) beschließen. Statt Einstimmigkeit soll eine Zweidrittelmehrheit im Europäischen Rat genügen, um eine schwere anhaltende Verletzung der Grundwerte festzustellen. Darüber hinaus sind auf europäischer Ebene andere sinnvolle Instrumente zu finden, die man in einem solchen Fall einsetzen kann. So könnte man, je nach Schwere der Grundwerteverletzung, etwa auch das Stimmrecht nur teilweise, also in bestimmten Politikbereichen, für eine gewisse Zeit aussetzen. Eine weitere mögliche Sanktion für besonders gravierende Verletzungen der Grundwerte besteht darin, zukünftige EU-Fördermittel zu kürzen. Mitgliedstaaten, die mit dieser Maßnahme belegt werden, würden im folgenden Finanzrahmen geringere Mittel bekommen.

### **Strategischer Kampf gegen Desinformation und Manipulationsversuche von außen**

NEOS bekennen sich zu starken unabhängigen Medien und wollen politische Einflussnahme auf diese zurückdrängen. Gut informierte Unionsbürger\_innen sind schwer zu täuschen und widerstandsfähig gegen Einflussnahme von außen. Der kritische Umgang mit Information ist ein wichtiges Rüstzeug für eine Zeit, in der Informationskriege wahrscheinlicher werden. Es braucht sowohl die technischen als auch die inhaltlichen Fähigkeiten, Medien zu nutzen. Wir fordern einen Fokus auf Medienkompetenz in diversen Testungen, Bildungsstandards sowie der Zentralmatura. Unsere Schüler\_innen müssen lernen, sich eine sachkundige eigene Meinung aus der Flut an jederzeit abrufbaren Informationen zu bilden. Wir setzen uns also auch für eine entsprechende Ausbildung der Pädagog\_innen ein. Auch in der Erwachsenenbildung muss Österreich im Bereich Medienkompetenz Meter machen. NEOS setzen sich für ein entsprechendes Budget auf europäischer Ebene für strategische Kommunikation ein, um Desinformationsportale auf lange Zeit zu delegiti-

mieren und ihren schädlichen Einfluss zurückzudrängen.

### **An der gemeinsamen Außenpolitik orientierte Rüstungsexportkontrolle**

Auf europäischer Ebene besteht kein einheitliches System der Rüstungsexportkontrolle. Zwar sind 26 EU-Staaten Mitglieder des Wassenaar-Abkommens für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien, doch ist dieses nicht bindend. Einige EU-Staaten haben strenge Regeln für den Waffenexport, andere eher lax. Das führt zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem innereuropäischen Rüstungsmarkt, aber auch zu intransparenten Entscheidungen und einem uneinheitlichen Agieren nach außen. Wir fordern eine einheitliche und bindende Lösung zur Kontrolle von Waffenexporten und doppelverwendungsfähigen Gütern. Sie müssen sich an den Leitlinien der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und an Kriterien wie politischer Stabilität des importierenden Staates, Achtung der Menschenrechte und daran, ob ein Staat in eine kriegerische Auseinandersetzung involviert ist, orientieren.

### **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abbrechen**

Während die Türkei bereits seit den 90er Jahren über Kandidatenstatus für die Aufnahme in die Europäische Union verfügt, haben sich nicht nur ihre Chancen für einen Beitritt verflüchtigt, sondern offenbar auch ihr Interesse daran. Die türkische Regierung unterdrückt und inhaftiert Intellektuelle und Journalist\_innen, Oppositionelle und andere Gegner\_innen des Erdogan-Regimes. Sie schränkt Minderheitenrechte ein und führt Krieg gegen die liberale Demokratie. Wenn Europa sich selbst ernst nimmt, kann es darauf nur eine Antwort geben: den Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Ungeachtet dessen muss Europa weiterhin auf Unterstützung von und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei einsetzen.

### **Klare europäische Linie bezüglich Russlands**

Wir wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim sowie den Wiederaufbau einer vertrauensvollen Bezie-

hung zu Russland. Für uns sind die Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung nicht verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Bei einem substanziellen Einlenken Russlands können sie gelockert oder aufgehoben werden. Wir müssen in die Medienkompetenz der Bürger\_innen investieren, damit diese die demokratiegefährdende Propaganda von Seiten Russlands erkennen können. Gleichzeitig bleiben wir mit Russland wirtschaftlich, kulturell und politisch eng verbunden und wollen Gesprächskanäle offenhalten. Dazu fordern wir die Aufhebung der Visumpflicht für russische Schüler\_innen und Studierende sowie aktivere Bewerbung von Schüler\_innen- und Studierendenaustauschprogrammen zwischen Russland und der EU und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

### **Infrastrukturoffensive für den Westbalkan**

Das Beibehalten der Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans, wie in der Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission festgelegt, ist ein zentraler Punkt bei der

Weiterentwicklung der Beziehungen der EU mit dieser für uns so wichtigen Region. Die Europäische Union ist der größte Investor und Handelspartner der Westbalkanstaaten. Damit diese schneller an uns heranrücken, die EU-Investments abgesichert werden und der Markt für weitere Investitionen geöffnet wird, um Arbeitsplätze zu schaffen, braucht es eine Infrastrukturoffensive. Diese beinhaltet einen massiven Ausbau des Straßen-, Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetzes (Glasfaser) sowie sauberer Energieformen. Das ist zwar sehr kostspielig, bringt aber in der Nachbarschaft der Europäischen Union auf lange Sicht mehr als Entwicklungsprojekte und Symptombekämpfung im Sicherheitsbereich. Um ein gutes Umfeld für europäische Investments und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu gestalten, braucht es eine verlässliche Infrastruktur.

### **Finanzielle Mittel für die Entwicklungspolitik vereinfachen**

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen sind die Grundlage dafür, in Partnerländern eine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zu erreichen. Wir sind mittelfristig für eine

Vergemeinschaftung der finanziellen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Damit können wir einen effizienten Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen und zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) leisten. Alle Agenden und Mittel der EZA sollen in einer EU-Implementierungsagentur zusammengefasst werden, um einen effizienten Einsatz der Mittel mit der fachkundigen Expertise der einzelnen Mitgliedstaaten sicherzustellen.

### **Budget für Entwicklungszusammenarbeit Österreichs erhöhen**

Zu oft wurde schon versprochen, dass das Budget für Österreichs Engagement in der Welt zur Armutsbekämpfung erhöht wird, ohne dass Taten folgten. Österreich braucht einen gesetzlich bindenden Stufenplan, um das Ziel der UN – ein Budget für die Entwicklungszusammenarbeit von mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens – in den nächsten fünf Jahren zu erreichen und zu übertreffen. Bei einer Vergemeinschaftung auf EU-Ebene soll der Beitrag Österreichs ebenfalls mindestens 0,7% des BNE betragen.



***Nationale Entwicklungs-  
zusammenarbeit auf die  
österreichischen Schwerpunkte  
fokussieren***

Österreich verteilt seine ohnehin dürrtigen Mittel für Entwicklungs-Zusammenarbeit ohne klare Strategie und nach dem Gießkannenprinzip auf zu viele Empfänger. In Anbetracht der geringen Größe unseres Landes und unseres Entwicklungsbudgets gemessen am Hilfsbedarf in der Welt ist es sinnvoll, sich wieder auf die österreichischen Schwerpunktländer bzw. -regionen zu besinnen.

Diese sind einerseits die am wenigsten entwickelten, ärmsten Länder (LDCs) und andererseits die Länder der östlichen bzw. südöstlichen Nachbarschaft der EU. Außenpolitischen und sicherheitspolitischen Schwerpunkten Österreichs folgend setzen wir uns dafür ein, dass österreichische EZA-Mittel dort ausgegeben werden, wo Österreich über entsprechende Expertise verfügt. So können wir mit unseren geringen finanziellen Möglichkeiten einen nennenswerten Beitrag leisten.

***Eine echte Strategie für die  
Umsetzung der Agenda 2030***

Die Agenda 2030 im Regierungsprogramm lediglich namentlich zu erwähnen, reicht nicht aus. Wir fordern die Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen von 2018. Es braucht eine klare Strategie und einen konkreten Umsetzungs- und Zeitplan für die Sustainable Development Goals (SDGs) und klar definierte Verantwortlichkeiten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Außerdem muss Österreich sofort einen ersten nationalen Fortschrittsbericht erstellen und der UN vorlegen. Alle EU-Staaten bis auf Österreich und Bulgarien haben das bisher getan.